

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Sprechsprecher: Nini Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Draftenanschrift: Spedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. Juni 1930

Neuere Experimente!

Int. Institut  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der im Manteltarifstreit der Eisenindustrie Nordwest gefällte Oeynhausener Schiedsspruch ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Die Lohnabbaubewegung des Unternehmertums hat den Segen der Regierung Brüning erhalten. Sie hat sozusagen amtlichen Charakter bekommen. Der vor einigen Wochen von den schwerindustriellen Organen an das Kabinett Brüning gerichtete Appell, mit einem Lohnabbau die Wirtschaftskrise nach den Wünschen und Forderungen der Unternehmer zu meistern und zu lösen, ist, wie man sieht, verständnisvoll und entgegenkommend aufgenommen worden. Der Reichsarbeitsminister, der mit der Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedspruchs eine folgenschwere Entscheidung getroffen hat, muss wissen, was er tut. Er ist sich hoffentlich im klaren darüber, dass das Unternehmertum, gesteuert und gestützt durch die Hilfe der Reichsregierung, nun erst recht in ganz Deutschland einen Lohnabbau ohne viel Gegenleistung zu erzwingen versuchen wird! Die Lohnabbau diktate in den einzelnen Industrien und Betrieben werden in Kürze noch schärfere Formen annehmen. Dass die Lohnsenkung auf der ganzen Linie von der Arbeiterschaft nicht mit Lammsgeduld und Ergebenheit hingenommen wird, ist selbstverständlich. Wenn nicht ein Wunder passiert, sind erbitterte Wirtschaftskämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum unvermeidlich.

Wird das Wunder: die Preissenkung den Reichsarbeitsminister von seiner schweren Verantwortung, die er mit der Verbindlichkeitserklärung auf sich genommen hat, erlösen? In der Begründung des Schiedspruches heisst es, es sei noch nicht bekannt, in welchem Masse die Eisenpreise rückwirkend ab 1. d. M. über das Ausmass der vorgesehenen Lohnersparnis von 7½ Prozent abgebaut würden, weil die Unternehmer darüber erst neue Vorschläge machten und den zuständigen Wirtschaftsorganen vorlegen müssten. Also einstweilen ist nur der Lohnabbau für Nordwest eine Tatsache, der Preisabbau ist zunächst noch Verhandlungsgegenstand. Der Reichsarbeitsminister hat sich als "Garantie der Preisherabsetzung" vorbehalten, durch Wirtschaftssachverständige nachzuprüfen, ob der Preisabbau der Eisenindustrie im notwendigen Umfang erfolgt ist. Wir wiederholen: einstweilen ist der Preisabbau noch Gegenstand von Verhandlungen und von Prüfungen. Der Vorbehalt des Reichsarbeitsministers verrät wenig Zuversicht der amtlichen Stellen. Man hat sich ein Hintertürchen offen gehalten, durch das man eines Tages, wenn das Preisabbauversprechen sich nicht erfüllt, zu entschlüpfen hofft.

Man sieht, auch der Reichsarbeitsminister betrachtet die Verbindlichkeits-erklärung zunächst nur als ein Experiment. Aber dieses Experiment kann sehr teuer zu stehen kommen. Wie? Wenn bei dem Preisabbau nichts herauskommt? Will der Reichsarbeitsminister dann die Löhne wieder heraufsetzen? Vielleicht - wenn die Gewerkschaften ihre Forderungen in einem scharfen Wirtschaftskampf bereits erfolgreich verfochten haben. Wirtschaftskämpfe kosten aber Geld. Eins bleibt vor allem völlig unverständlich. Warum diese Mile mit der Verbindlichkeitserklärung? Die

Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Gewerkschaften sollen, wie verabredet, nach Pfingsten weiter geführt werden. Ihr Zweck war doch, die Preis- und Lohnfrage auf eine einheitliche Linie zu bringen. Sollte nicht der Lohnabbau, wie er der Eisenindustrie Nordwest vorschwebt und wie er von der gesamten Unternehmerpresse seit Monaten gefordert wird, nach dem Willen der Unternehmerspitzen irgendwie in Form eines bestimmten Plans, in irgendwelcher Blick- und Zielrichtung vor sich gehen? Nun auf einmal fertige Tatsachen für die Grosseisenindustrie des Ruhrgebiets? Konnte der Reichsarbeitsminister nicht erst wenigstens das Ergebnis der Besprechungen der Spitzen der Unternehmer und Arbeiter abwarten? Wozu verhandeln diese eigentlich? Die Eile des Reichsarbeitsministers erscheint uns wenig klug. Die Arbeiterschaft muss durch die vorläufige Verbindlichkeitserklärung auf den Gedanken kommen, dass man sie vergewaltigen will. Oder bildet man sich im Reichsarbeitsministerium ein, durch die Schaffung fertiger Tatsachen die Verhandlungen zwischen den Führern der Industrie und der Arbeiterschaft zu fördern? Beeinflusst hat man die Verhandlungen, gefördert kaum; denn das Reichsarbeitsministerium tritt vor der ganzen Öffentlichkeit als Sekundant des Unternehmertums auf.

Der Reichsarbeitsminister hat in der vorigen Woche vor der Presse seine ganze Beredtsamkeit aufgeboten, um das Notopfer als unvermeidliche Notwendigkeit zu rechtfertigen. Dieses Notopfer ist eine Bänkenschmälerung der breiten Massen. Fast die gesamte Öffentlichkeit ist sich über den unsozialen Charakter dieses Notopfers einig. Wäre es unter solchen Umständen nicht angebracht gewesen, doch nun zunächst einmal das Unternehmertum vortreten und - opfern zu lassen? Nach dem Notopfer musste für den Reichsarbeitsminister der Preisabbau die nächste Forderung sein. Statt dessen kommt er her und erklärt den Schiedsspruch für die Eisenindustrie Nordwest, der das Signal für die Lohnabbaubewegung sein soll, für verbindlich.

-----  
SPD, Bordeaux, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Dienstag-Vormittagsitzung des Sozialisten-Kongresses war internen Parteiangelegenheiten gewidmet.

Compere-Morel hielt ein mit starkem Beifall aufgenommenes Referat über die Entwicklung des sozialistischen "Populaire", der dank einer intensiven Propaganda allwöchentlich eine Zunahme seiner Abonnenten aufzuweisen hat. Leon Blum berichtete über seine Tätigkeit als politischer Chefredakteur des Blattes und drückte den Wunsch aus, dass der "Populaire" auch weiterhin eine freie Tribüne für alle innerhalb der Partei vertretenen Richtungen und Tendenzen bleibe. Renaudel forderte, wahrscheinlich im Hinblick auf seinen eventuellen Wiedereintritt in den Vorstand, bestimmte technische und organisatorische Reformen in der Redaktion des Blattes.

Am Schluss der Sitzung wurde der Bericht über den "Populaire" angenommen. Die von dem Kongress zu fällenden politischen Entscheidungen werden bis Mittwoch von der Resolutionskommission vorbereitet.

-----  
SPD. Die Regierung beabsichtigt, ihre Deckungsvorlage mit dem Ostprogramm zu verkoppeln, d.h. die Durchführung des Ostprogramms von der Annahme der Deckungsvorlage abhängig zu machen. Das Ziel dieses "Junctims" ist die deutschnationale Fraktion zur Annahme der Deckungsvorlage zu zwingen. Was die Regierung beabsichtigt, wenn die Deutschnationalen ihr wider Erwarten nicht ins Garn gehen sollten, weiss sie selbst noch nicht. Vorläufig lebt sie in der festen Ueberzeugung, dass ihr das Gros der Deutschnationalen Partei wie so oft Hilfestellung leistet.

SPD. Köln, 10. Juni (Eig. Drahtber.)

Der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs erlässt anlässlich der Räumung der Rheinlande einen Aufruf, indem er auf die grossen Opfer hinweist, die das Rheinland in der Besatzungszeit dem Vaterlande gebracht habe. Die Folge der Besatzung sei gewesen, dass die Lande am Rhein, das Land der Bäder und der Kurorte, der Sommerfrischen und der Reiseorte dem Reiseverkehr entfremdet worden sei. Alle diese Orte wären verödet. So dürfe es nicht weitergehen. Mit dem Abzug der Besatzung fielen alle Schranken gegen das bisher besetzte Gebiet. Das befreite Rheinland sei sich selbst und dem Vaterlande wiedergegeben. Als freies Land rufe es den Volksgenossen zu: "Kommt zu uns, knüpft alte Bande neu. Erfreut Euch mit uns der wiedergewonnenen Freiheit, reist an den deutschen Rhein!"

SPD. Wien, 10. Juni (Eig. Drahtber.)

Der Justizausschuss des Nationarats hat am Dienstag das Entwaffnungsge-  
setz angenommen. Alle Abänderungsanträge der Sozialdemokratie wurden mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

SPD. München, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

In dem Münchener Beleidigungsprozess des Rechtsanwalts Dr. Jung gegen die verantwortlichen Redakteure der Münchener Post und der Pfälzischen Post sprach das Gericht am Dienstag sein Urteil. Die beiden Angeklagten erhielten wegen übler Nachrede die unglaublich hohe Strafe von je 1 000 Mark bzw. 20 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten.

Der Richter fand es in der Begründung seines Urteils durchaus am Platze, dass Dr. Jung für seine Ausweisung aus der Pfalz 31 000 Mark Unterstützungsgelder erhielt. Er stellte weiter mit einem gewissen Staunen fest, dass Jung auf weitere Unterstützung grossmütig verzichtete und sich durch diese Regelung für befriedigt erklärt hatte. Den Schutz der Reichsverfassung für Berichte aus öffentlichen Sitzungen tut die Urteilsbegründung einfach damit ab, dass sie erklärt, der inkriminierte Artikel stellt gar keinen wahrheitsgetreuen Bericht über die Verhandlung des Landtagsausschusses dar. Die Aussagen der Zeugen reichten nach Ansicht des Gerichtes nicht aus, um den Wortlaut der beklagten Aeusserungen, die den Kern der inkriminierten Artikel bildeten, einwandfrei festzustellen. Dabei hatten zwei Abgeordnete, ein Regierungsvertreter und ein Ausschussberichterstatter über Sinn und Inhalt dieser Aeusserungen fast übereinstimmend das gleiche bezeugt.

Die verurteilten Redakteure werden gegen das Urteil Berufung einlegen.

SPD. Peschawar, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

30 Meilen von Peschawar entfernt haben am Dienstag acht englische Kampf-  
flugzeuge die sich noch in Umgegend befindenden Abteilungen der Afridis mit  
Bomben beworfen. Zahlreiche Personen wurden getötet.

SPD. Genf, 10. Juni (Eig. Drahtber.)

Die am Dienstag eröffnete 14. Internationale Arbeits-Konferenz ist ausserordentlich gut besucht. 51 Länder haben Delegationen entsandt. Am stärksten ist die englische Delegation; sie umfasst 30 Personen; die deutsche zählt 24. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der belgische Regierungsvertreter Professor Mahaim gewählt.

SPD. Köln, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

In den letzten Tagen sind am Oberrhein 43 Menschen beim Baden ertrunken. Die Leichen konnten bisher nur zum Teil geborgen werden.

SPD. London, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der seit neun Wochen dauernde Textilarbeiterstreik in Nordengland ist beendet. Die grosse Mehrheit der Arbeiter wird am Mittwoch in die Betriebe zurückkehren.

SPD. Paris, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

In der Nähe von Lyon stürzte am Dienstag infolge eines heftigen Sturmes ein riesiger Felsblock auf eine Chaussee, über die gerade ein Auto fuhr. Die drei Insassen des Autos, ein Lyoner Kaufmann mit seiner Familie, wurden auf der Stelle getötet, der Chauffeur wurde schwer verletzt.

SPD. Bombay, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Simon-Bericht stösst in den indischen Zeitungen aller Richtungen auf scharfe Ablehnung. Der Präsident der liberalen Vereinigung erklärte, der erste Teil des Berichtes lasse darauf schliessen, dass in dem noch nicht veröffentlichten zweiten Teil, der die Reformvorschläge enthalte, Indien so wenig als möglich gegeben werden solle. Das Organ der Swajaristen überschreibt seinen Kommentar: "Die Simon-Kommission beschimpft Indien."

SPD. London, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf einem Gewerkschaftskongress in Belfast wurde ein Brief des Innenministers Clynes verlesen, in dem es u.a. heisst:

"Wir erwarten keine ergebene und kritiklose Gefolgschaft in der Arbeiterschaft, aber wir erwarten die Loyalität für jene, die bestimmt sind, die Partei zu führen. Keine Gruppe innerhalb der Arbeiterpartei hat das Recht, eine feindliche Partei innerhalb der Partei zu bilden. Wer bei uns ist, muss mit uns sein. Wenn er dies nicht sein kann, soll er uns bleiben lassen. Unserer Regierung braucht die Rückenstörkung ihrer Freunde, wenn sie von den Feinden angegriffen wird. Nur jene, die diese Grundregeln verwirklichen, sind die für unsere Schlacht geeigneten Kämpfer. Die Arbeiterregierung hat in den letzten 12 Monaten mehr gegen die Arbeitslosigkeit getan, als die Konservativen. 100 Millionen Pfund sind für die Arbeitslosigkeitsbekämpfung eingestellt worden, nicht ein Fünftel davon wurde benützt. Unsere Schwierigkeiten waren weniger die der Geldbeschaffung, als die der Geldausgabe. Viele Hindernisse sind uns entgegengestellt worden, so z.B. die Privatinteressen der Unternehmer, die Lahmheit der kommunalen Behörden und feindliche Unterschiebungen in den verschiedenen Städten. Das Vertrauen in die Arbeiterregierung ist trotz der wachsenden Arbeitslosigkeit nicht verloren gegangen. Verloren gegangen ist nur das Vertrauen in das kapitalistische System, dessen grausame Folgen für die Arbeiterschaft nur durch eine Gemeinschaftsarbeit aufgehoben werden können."

SPD. Genf, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Arbeitnehmervertreter Müller-Lichtenberg hat der 14. Internationalen Arbeitskonferenz, die am Sonntag eröffnet wurde, folgende Entschliessung zur Annahme vorgelegt:

"Die 14. Konferenz bittet den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, im Sinne der im Jahresbericht des Amtsdirektors enthaltenen Ausführungen über die Jahresberichte der Arbeitsaufsichtsbeamten mit den Regierungen der wichtigsten Industrieländer unter den Mitgliedsstaaten in einen Gedankenaustausch über die Fragen einzutreten, ob es nicht möglich sei, sich Jahr für Jahr auf ein bis zwei Fragen des Arbeitsschutzes zu einigen, deren besondere Beobachtung im Laufe einer normalen Diensttätigkeit den Arbeitsaufsichtsbeamten zur Pflicht gemacht würde, über die sie dann in ihren Jahresberichten ausführliche Mitteilungen zu machen hätten, welche vom Internationalen Arbeitsamt zusammenfassend zu bearbeiten und zu veröffentlichen wären. Der Verwaltungsrat wird gebeten, der nächsten Konferenz über die Erfolge der unternommenen Schritte zu berichten und gegebenenfalls Vorschläge für eine praktische Durchführung der Anregung zu machen."

Der französische Arbeitervertreter Jouhaux beantragt "zu einer besseren Ermöglichung der Schul- und späteren Fortbildung der Arbeiter den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu ersuchen, die zur beschleunigten Ratifizierung der Internationalen Uebereinkommen betreffend den Schutz von Schulkindern und jugendlichen Arbeitern geeignete Mittel zu suchen, ferner zu prüfen, durch welche anderen Mittel der volle Schutz der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen sichergestellt werden kann. Schliesslich beantragte Jouhaux noch die Massnahmen zu prüfen, die geeignet sind, den Arbeitnehmern das gesamte Gebiet von Wissenschaft, Literatur und Kunst voll zu erschliessen."

Ein Antrag des japanischen Arbeitervertreters Suzuki bezweckt, die Fragen der Anerkennung des Koalitionsrechts wieder in Fluss zu bringen und auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu setzen. Der indische Arbeitervertreter Joshi ersucht den Verwaltungsrat unter Hinweis darauf, dass die internationalen Arbeitskonventionen vorwiegend unter Berücksichtigung der europäischen Verhältnisse abgefasst werden und infolgedessen von den asiatischen Ländern kaum ratifiziert werden, "sobald als möglich eine Sonderkonferenz mit Vertretern der organisierten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der asiatischen Länder einzuberufen, um die Fragen der Arbeitsbedingungen im Orient zu erwägen und der allgemeinen Konferenz Bericht zu erstatten."

In einem Antrag des polnischen Regierungsvertreters Sokal wird der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ersucht, "alles zu tun, um die Frage des bezahlten Jahresurlaubs der Arbeitnehmer auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen zu setzen". Ausserdem hat der polnische Regierungsvertreter eine weitere Entschliessung zur Frage der Arbeitszeitregelung der Kohlengrubenarbeiter eingebracht, in der daran erinnert wird, dass die vollständige Lösung der internationalen Kohlenkrise neben der Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen der Bergleute auch vom Abschluss eines oder mehrerer internationaler Wirtschaftsübereinkommen abhängt. Es müsse deshalb möglichst bald der Abschluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen den Kohleerzeugenden Ländern angestrebt und die Aufmerksamkeit der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes darauf gelenkt werden.

SPD. Die Rechtsregierung in Mecklenburg-Schwerin kann ohne die Nationalsozialisten nicht leben. Sie bilden im mecklenburgischen Landtag das Zünglein an der Waage, ohne dass sie von dieser Chance bis in den letzten Wochen übermässig stark Gebrauch gemacht hätten. Es scheint aber, als ob sie jetzt aus ihrer Zurückhaltung herauszutreten beabsichtigen. Zahlreiche parlamentarische Anfragen, die in den letzten Tagen von den Nationalsozialisten an die Schweriner Regierung gerichtet wurden, lassen jedenfalls bis auf weiteres auf eine stärkere Aktivität der Hitler-Partei auch in Mecklenburg schliessen.

Eine der Anfragen betrifft die Stellungnahme der Schweriner Regierung zu der letzten Länderkonferenz, in der das Kapitel Thüringen erörtert wurde. Pressemel-

dungen zufolge soll sich die Rechtsregierung von Mecklenburg-Schwerin mit der Auffassung des Reichsinnenministers, nach der Nationalsozialisten nicht mit massgebenden Aemtern in der Polizei betraut werden dürfen, einverstanden erklärt haben. Die Nationalsozialisten verlangten deshalb Auskunft, ob diese Pressemeldungen zutreffen oder nicht. Die mecklenburgische Regierung liess in der ihr nahestehenden Presse erwidern, dass die Meldungen nicht den Tatsachen entsprechen ohne dass sie jedoch verraten hätte, welchen Standpunkt sie in der wichtigen Konferenz eingenommen hat oder hat einnehmen lassen. Diese sonst in Schwerin nicht übliche Zurückhaltung hat ihre Ursache darin, dass weder der mecklenburgische Ministerpräsident noch der zuständige Innenminister an der Länderkonferenz teilgenommen haben. Sie glänzten durch Abwesenheit, während alle anderen Länderregierungen durch das eine oder andere mit Vollmachten ausgestattete Kabinettsmitglied vertreten waren. Mecklenburg-Schwerin begnügte sich mit der Entsendung seines Berliner Gesandten, der nicht einmal instruiert war und im Verlauf der Konferenz ausdrücklich darauf hinwies, dass er ohne Instruktion sei und deshalb zu dem zur Diskussion stehenden Kapitel Thüringen nicht Stellung nehmen könne.

Warum das alles? Weil den verantwortlichen Herren der mecklenburgischen Regierung die Courage zur Verantwortung fehlte. Deshalb drückten sie sich, deshalb verzichteten sie auf jede Meinungsäusserung und deshalb manövierten sie ihren Berliner Gesandten in eine Situation, die die mecklenburgische Regierung in ihrer ganzen Hilflosigkeit zeigte. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, dass deutschnational und von Nationalsozialisten gestützte Minister die Träger dieser personifizierten Hilflosigkeit sind.

-----  
SPD. Oldenburg, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Oldenburgische Landtag beschloss die Einführung einer Kopfsteuer für den Landesteil Lübeck. Der Ertrag der Steuer wird auf 60 000 Mark beziffert. Die Sozialdemokratie führte gegen die Steuer einen harten Kampf, ohne jedoch die bürgerliche Mehrheit von ihrem Plan abhalten zu können. Sie beschloss die Kopfsteuer mit 25 gegen 21 Stimmen.

-----  
SPD. Paris, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Teil der Pariser Feuerwehr hatte am Dienstag die seltsame Aufgabe, auf Affenjagd zu gehen. Der Affe, der Pfingsten aus einem Tierpark entsprungen war, hat seit seiner Flucht in die Freiheit eine ganze Anzahl Untaten vollbracht.

Am Montag abend drang der Affe in ein Hotelzimmer ein, trank dort sämtliche Parfümflaschen eines Gastes aus, verschlang dann einige Blätter Briefpapier und knabberte schliesslich den Teppich an. Später zerschlug er einige Spiegel und Fensterscheiben. Dann suchte er das Weite. Am Dienstag früh drang er in einem anderen Hotel in das Schlafzimmer einer Dame ein, wo er ein Stück Seife aufzufressen begann. Als die Zimmerbewohnerin um Hilfe schrie, verduftete der Affe, liess sich auf einem Baume nieder und verzehrte dort in aller Ruhe das Stück Seife.

Die Bemühungen der Feuerwehr, das Tier zu fangen, blieben bis Dienstag abend erfolglos.

-----  
SPD. London, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Das vom Parlament ernannte und von Mitgliedern aller Parteien gebildete Simon-Komitee hat seinen Bericht über Indien fertiggestellt. Das Komitee hatte zwei Aufgaben zu erfüllen: die politische, soziale und nationale Lage der Jnder zu prüfen und dem Parlament die für Indien notwendigen Reformvorschläge zu unterbreiten.

Der erste, 410 Druckseiten umfassende Bericht der Simon-Kommission ist ein Dokument von grossem historischen Wert, das das indische Problem in seiner ganzen



Grösse aufwirft und für die gesamte Kulturwelt von ausserordentlicher Bedeutung ist. Es kann sich heute nur darum handeln, einen kurzen Einblick in die Fülle des Materials zu werfen, das die Simon-Kommission dem englischen Volke unterbreitet. In erster Linie die Tatsache, dass in Indien ein Fünftel der gesamten Menschheit wohnt und die riesige Bevölkerung des indischen Kontinents etwa in 220 Sprachgebiete zerfällt, zeigt, dass man es in Indien nicht mit einem einheitlichen Volk zu tun hat, sondern mit einem Völkergemisch, das wiederum durch religiöse, Rassen-, Kasten- und Nationalitätsfragen bunt durcheinandergewürfelt wird, sich bekämpft und befehdet.

90 Prozent des gesamten indischen Volkes wohnen auf dem Lande. Sie sind meistens verschuldete Bauern, grösstenteils Analphabeten. Ihre soziale und wirtschaftliche Lage gleicht etwa der der deutschen Bauern im Mittelalter. Ständiger Hungersgefahr ausgesetzt, lebt diese gewaltige Bauernmasse von der Hand in den Mund, ohne zu wissen, was der nächste Tag bringt. Die grauenhaften Religionsgesetze, die die Hindus in Kasten teilt, drücken die soziale Lage der Bevölkerung ausserordentlich herab. Etwa 45 Millionen Hindus, die unterste religiöse Kaste, sind nahezu zu Tieren erniedrigt. Der Simon-Bericht sagt deshalb, die nationale Frage der Jnder sei in Wahrheit eine soziale und ökonomische. Nur durch das indische Volk selbst könne aber die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes geändert werden.

Auf die Dauer wird das indische Problem nur gelöst werden können, wenn die Bauernfrage ihre Lösung gefunden hat. Der heutige Kampf zwischen England und Indien ist nur ein Teil des gesamten indischen Problems. Indien erlebt den Beginn einer gewaltigen sozialen Revolution, die wiederum nur ein Ausschnitt jener Umwälzung ist, die in China begann, die gesamte asiatische Welt durchzieht und den aktiven Wiedereintritt ganz Asiens in die Geschichte der Menschheit bedeutet. Wie sich die kommende Entwicklung Indiens vollziehen wird, hängt in erster Linie davon ab, wie weit England die ihm in Indien gegebene Stellung erkennt. Indien, als wichtigster grosser Teil des englischen Imperiums, dürfte wiederum die Schicksalsfrage Englands sein.

Der erste Teil des Simon-Berichts lässt erkennen, dass die von englischen Parlament bestimmte Kommission der ungeheuren Grösse und Schwierigkeit des Problems nicht ausgewichen ist, und es kann zweifellos als ein grosser Erfolg der sozialistischen Ideenwelt betrachtet werden, wenn der Simon-Bericht, an dem die Mitglieder und Abgeordneten der Arbeiterpartei Attlee und Vernon Hartshorn hervorragend beteiligt sind, die soziale und ökonomische Struktur von Land und Volk für ihre Ansichten und Entscheidungen zugrunde gelegt hat.

Nachdem der Bericht offen und freimütig die Bauernfrage als das Kernproblem geschildert hat, zeichnet er die Lage der in den Städten lebenden Bevölkerung und vor allem der Proletariats auf. Der städtische Arbeiter, so heisst es in dem Bericht, lebt öfters unter Bedingungen, die dem britischen Arbeiter unvorstellbar sind. 70 Prozent der Arbeiterwohnungen in Bombay bestehen nur aus einem einzigen Raum und durchschnittlich leben 4,3 Menschen in diesem einen Zimmer. Die Wohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sind sogar schlechter als die Verhältnisse, unter denen das Proletariat in den Fabriken tätig ist. Wenn deshalb in den Städten die nationale Bewegung besonders wilde Wellen schlägt, so beweist uns der Simon-Bericht, dass für die Fabrikarbeiterschaft die nationale Frage ebenfalls der Ausdruck der sozialen Frage ist.

Ein besonderes Kapitel widmet der Bericht der Frauenbewegung, von der gesagt wird, dass sie angesichts der religiösen und familiären Verhältnisse den Schliessel zum indischen Fortschritt bedeutet. Aus den Schilderungen über die Beziehungen zwischen England und Indien ist zu entnehmen, dass die gegenwärtige Armee aus 210 000 Soldaten besteht, von denen 150 000 Eingeborene sind und 60 000 britische Untertanen. Die höheren Offiziere rekrutieren sich in der Hauptsache aus Engländern; Artillerie-, Tanks- und Flugzeugregimenter haben keine indischen Offiziere. Dazu sagt der Bericht, dass es heute nicht einmal wünschenswert für Indien sei, wenn die englischen Truppen Indien verliessen. Inbezug auf die Regierungsmaschinerie heisst es in dem Bericht, die Swajaristen seien die einzige organisierte Partei. Nur drei Prozent der Bevölkerung besitzen das Wahlrecht. Das

dungen zufolge soll sich die Rechtsregierung von Mecklenburg-Schwerin mit der Auffassung des Reichsinnenministers, nach der Nationalsozialisten nicht mit massgebenden Aemtern in der Polizei betraut werden dürfen, einverstanden erklärt haben. Die Nationalsozialisten verlangten deshalb Auskunft, ob diese Pressemeldungen zutreffen oder nicht. Die mecklenburgische Regierung liess in der ihr nahestehenden Presse erwidern, dass die Meldungen nicht den Tatsachen entsprechen, ohne dass sie jedoch verraten hätte, welchen Standpunkt sie in der wichtigen Konferenz eingenommen hat oder hat einnehmen lassen. Diese sonst in Schwerin nicht übliche Zurückhaltung hat ihre Ursache darin, dass weder der mecklenburgische Ministerpräsident noch der zuständige Innenminister an der Länderkonferenz teilgenommen haben. Sie glänzten durch Abwesenheit, während alle anderen Länderregierungen durch das eine oder andere mit Vollmachten ausgestattete Kabinettsmitglied vertreten waren. Mecklenburg-Schwerin begnügte sich mit der Entsendung seines Berliner Gesandten, der nicht einmal instruiert war und im Verlauf der Konferenz ausdrücklich darauf hinwies, dass er ohne Instruktion sei und deshalb zu dem zur Diskussion stehenden Kapitel Thüringen nicht Stellung nehmen könne.

Warum das alles? Weil den verantwortlichen Herren der mecklenburgischen Regierung die Courage zur Verantwortung fehlte. Deshalb drückten sie sich, deshalb verzichteten sie auf jede Meinungsäusserung und deshalb manövierten sie ihren Berliner Gesandten in eine Situation, die die mecklenburgische Regierung in ihrer ganzen Hilflosigkeit zeigte. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, dass deutschnational und von Nationalsozialisten gestützte Minister die Träger dieser personifizierten Hilflosigkeit sind.

-----

SPD. Oldenburg, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Oldenburgische Landtag beschloss die Einführung einer Kopfsteuer für den Landesteil Lüneburg. Der Ertrag der Steuer wird auf 60 000 Mark beziffert. Die Sozialdemokratie führte gegen die Steuer einen harten Kampf, ohne jedoch die bürgerliche Mehrheit von ihrem Plan abhalten zu können. Sie beschloss die Kopfsteuer mit 25 gegen 21 Stimmen.

-----

SPD. Paris, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Teil der Pariser Feuerwehr hatte am Dienstag die seltsame Aufgabe, auf Affenjagd zu gehen. Der Affe, der Pfingsten aus einem Tierpark entsprungen war, hat seit seiner Flucht in die Freiheit eine ganze Anzahl Untaten vollbracht.

Am Montag abend drang der Affe in ein Hotelzimmer ein, trank dort sämtliche Parfümflaschen eines Gastes aus, verschlang dann einige Blätter Briefpapier und knabberte schliesslich den Teppich an. Später zerschlug er einige Spiegel und Fensterscheiben. Dann suchte er das Weite. Am Dienstag früh drang er in einem anderen Hotel in das Schlafzimmer einer Dame ein, wo er ein Stück Seife aufzufressen begann. Als die Zimmerbewohnerin um Hilfe schrie, verduftete der Affe, liess sich auf einem Baume nieder und verzehrte dort in aller Ruhe das Stück Seife.

Die Bemühungen der Feuerwehr, das Tier zu fangen, blieben bis Dienstag abend erfolglos.

-----

SPD. London, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Das vom Parlament ernannte und von Mitgliedern aller Parteien gebildete Simon-Komitee hat seinen Bericht über Indien fertiggestellt. Das Komitee hatte zwei Aufgaben zu erfüllen: die politische, soziale und nationale Lage der Jnder zu prüfen und dem Parlament die für Indien notwendigen Reformvorschläge zu unterbreiten.

Der erste, 410 Druckseiten umfassende Bericht der Simon-Kommission ist ein Dokument von grossem historischen Wert, das das indische Problem in seiner ganzen



Grösse aufwirft und für die gesamte Kulturwelt von ausserordentlicher Bedeutung ist. Es kann sich heute nur darum handeln, einen kurzen Einblick in die Fülle des Materials zu werfen, das die Simon-Kommission dem englischen Volke unterbreitet. In erster Linie die Tatsache, dass in Indien ein Fünftel der gesamten Menschheit wohnt und die riesige Bevölkerung des indischen Kontinents etwa in 220 Sprachgebiete zerfällt, zeigt, dass man es in Indien nicht mit einem einheitlichen Volk zu tun hat, sondern mit einem Völkergemisch, das wiederum durch religiöse, Rassen-, Kasten- und Nationalitätsfragen bunt durcheinandergewürfelt wird, sich bekämpft und befiehlt.

90 Prozent des gesamten indischen Volkes wohnen auf dem Lande. Sie sind meistens verschuldete Bauern, grösstenteils Analphabeten. Ihre soziale und wirtschaftliche Lage gleicht etwa der der deutschen Bauern im Mittelalter. Ständiger Hungersgefahr ausgesetzt, lebt diese gewaltige Bauernmasse von der Hand in den Mund, ohne zu wissen, was der nächste Tag bringt. Die grauenhaften Religionsgesetze, die die Hindus in Kasten teilt, drücken die soziale Lage der Bevölkerung ausserordentlich herab. Etwa 45 Millionen Hindus, die unterste religiöse Kaste, sind nahezu zu Tieren erniedrigt. Der Simon-Bericht sagt deshalb, die nationale Frage der Jnder sei in Wahrheit eine soziale und ökonomische. Nur durch das indische Volk selbst könne aber die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes geändert werden.

Auf die Dauer wird das indische Problem nur gelöst werden können, wenn die Bauernfrage ihre Lösung gefunden hat. Der heutige Kampf zwischen England und Indien ist nur ein Teil des gesamten indischen Problems. Indien erlebt den Beginn einer gewaltigen sozialen Revolution, die wiederum nur ein Ausschnitt jener Umwälzung ist, die in China begann, die gesamte asiatische Welt durchzieht und den aktiven Wiedereintritt ganz Asiens in die Geschichte der Menschheit bedeutet. Wie sich die kommende Entwicklung Indiens vollziehen wird, hängt in erster Linie davon ab, wie weit England die ihm in Indien gegebene Stellung erkennt. Indien, als wichtigster grosser Teil des englischen Imperiums, dürfte wiederum die Schicksalsfrage Englands sein.

Der erste Teil des Simon-Berichts lässt erkennen, dass die vom englischen Parlament bestimmte Kommission der ungeheuren Grösse und Schwierigkeit des Problems nicht ausgewichen ist, und es kann zweifellos als ein grosser Erfolg der sozialistischen Ideenwelt betrachtet werden, wenn der Simon-Bericht, an dem die Mitglieder und Abgeordneten der Arbeiterpartei Attlee und Vernon Hartshorn hervorragend beteiligt sind, die soziale und ökonomische Struktur von Land und Volk für ihre Ansichten und Entscheidungen zugrunde gelegt hat.

Nachdem der Bericht offen und freimütig die Bauernfrage als das Kernproblem geschildert hat, zeichnet er die Lage der in den Städten lebenden Bevölkerung und vor allem des Proletariats auf. Der städtische Arbeiter, so heisst es in dem Bericht, lebt öfters unter Bedingungen, die dem britischen Arbeiter unvorstellbar sind. 70 Prozent der Arbeiterwohnungen in Bombay bestehen nur aus einem einzigen Raum und durchschnittlich leben 4,3 Menschen in diesem einen Zimmer. Die Wohnverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung sind sogar schlechter als die Verhältnisse, unter denen das Proletariat in den Fabriken tätig ist. Wenn deshalb in den Städten die nationale Bewegung besonders wilde Wellen schlägt, so beweist uns der Simon-Bericht, dass für die Fabrikarbeiterschaft die nationale Frage ebenfalls der Ausdruck der sozialen Frage ist.

Ein besonderes Kapitel widmet der Bericht der Frauenbewegung, von der gesagt wird, dass sie angesichts der religiösen und familiären Verhältnisse den Schlüssel zum indischen Fortschritt bedeutet. Aus den Schilderungen über die Beziehungen zwischen England und Indien ist zu entnehmen, dass die gegenwärtige Armee aus 210 000 Soldaten besteht, von denen 150 000 Eingeborene sind und 60 000 britische Untertanen. Die höheren Offiziere rekrutieren sich in der Hauptsache aus Engländern; Artillerie-, Tanks- und Flugzeugregimenter haben keine indischen Offiziere. Dazu sagt der Bericht, dass es heute nicht einmal wünschenswert für Indien sei, wenn die englischen Truppen Indien verliessen. Inbezug auf die Regierungsmaschinerie heisst es in dem Bericht, die Swajaristen seien die einzige organisierte Partei. Nur drei Prozent der Bevölkerung besitzen das Wahlrecht. Das

Kastensystem setze sich bis in die höchsten Verwaltungsämter fort. Die Indisierung der Verwaltung marschiere nur sehr langsam. In dem obersten zivilen Verwaltungsstab befänden sich zurzeit 3500 Europäer gegen 1750 Jnder. Die Demokratie sei dem Volke fremd und teilweise unerwünscht und es bedürfe noch vieler Jahre, bis die Obrigkeitstradition in Indien überwunden werden könne. Die gegenwärtige Regierung stehe lediglich in einem Vertrauensverhältnis zu den unteren Beamten. Auf dieser Basis werde heute Indien regiert und auf der Aufrechterhaltung des Vertrauensverhältnisses zwischen Beamten und Regierung ruhe die einzige Gewähr für eine gute Verwaltung. Der oberste Distriktoffizier sei die einzige massgebende Persönlichkeit in den Provinzen.

Der Simon-Bericht schliesst mit der Warnung: "Wenn auch die Masse der Jnder weder eine politische Tradition hat noch irgendwelche Vorbildung und Erziehung, so darf man sich dennoch nicht einbilden, dass diese Masse von der gegenwärtigen politischen und sozialen Bewegung unberührt bleibt. Aktive politische Kräfte sind in den Städten vorhanden und der in der Bevölkerung lebende politische Gedanke lehnt es ab, sich einer längeren evolutionären Bewegung hinzugeben. Besonders der gebildete Teil der Bevölkerung verlangt Gleichberechtigung mit den Europäern, und er widersetzt sich jeder unterschiedlichen Behandlung. Selbstregierung ist das Verlangen der gebildeten Jnder und der Glaube der Massen für eine bessere Zukunft.... Das englische Volk, das so lange an eine Selbstregierung gewöhnt ist, ist verpflichtet, der indischen Bewegung sympathisch gegenüberzustehen, selbst wenn verschiedene ihrer Äusserungen zu beklagen sind. Wir sind verpflichtet, Indien auf seinem Wege zu helfen und konstruktive Kräfte für Indien auszulösen. Wir wünschen, dass sich die in Indien herrschenden Kräfte und Meinungen konzentrieren und in einer praktischen Reformarbeit ihren Ausdruck finden."

Zusammenfassend kann über den Bericht gesagt werden, dass sich die Kommission bemüht hat, unvoreingenommen und objektiv die Lage zu schildern. Es entspricht sicherlich auch der Auffassung der Arbeiterpartei und der Liberalen Englands, wenn heute der "Manchester Guardian" in seinem Leitartikel erklärt: "Für Indien ist die Zeit vorbei, in der eine ausländische Kontrolle nützlich gewesen sein könnte." Darin befindet sich das englische liberale Blatt in Uebereinstimmung mit dem Simon-Bericht selbst, der in seiner Präambel sagt: "Wie gross auch die Hindernisse sein mögen, es muss Ziel aller englischen Politiker sein, Indien der Selbstregierung immer mehr zu nähern."

-----

SPD. Weimar, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Thüringische Staatsregierung hat dem Staatsgerichtshof inzwischen in Sachen ihrer Hassgebete die angekündigte Klage gegen das Reich zugehen lassen. Die in dem umfangreichen Schriftsatz niedergelegte Auffassung bedeutet eine Identifizierung der thüringischen Gesamtregierung mit der Auffassung der nationalsozialistischen Urheber der Hassgebete.

-----

SPD. Genf, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Die 14. Internationale Arbeitskonferenz hat bei der Wahl ihrer drei Vizepräsidenten dem fernen Orient eine besondere Ehrung zuteil werden lassen, indem sie als Regierungsvertreter den Chinesen Tschu, und als Arbeitervertreter den Japaner Suzuki zum Vizepräsidenten wählte. Ausserdem wurde der Pole Seydlowski gewählt. Als Vorsitzender des Hauptausschusses, der aus 12 Regierungsvertretern und je 6 Arbeitgeber- und Arbeitervertretern besteht, wurde der englische Arbeitsminister Miss Bondfield gewählt. Deutschland ist im Hauptausschuss durch einen Regierungsvertreter und einen Arbeitgeber- und Arbeiterdelegierten vertreten.

SPD. Schweidnitz, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

In Schweidnitz begann am Dienstag die Berufungsverhandlung gegen 13 Nationalsozialisten, die im September des vergangenen Jahres eine sozialdemokratische Versammlung überfallen und 30 Versammlungsteilnehmer zum Teil schwer verletzt hatten. Als Nebenkläger sind 12 Reichsbannerleute zugelassen, die Hauptopfer des nationalsozialistischen Ueberfalles.

Sämtliche Angeklagte erschienen demonstrativ in Hitler-Uniform vor Gericht, obwohl der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor v. Loeffen, ausdrücklich vor dem Beginn des Prozesses angeordnet hatte, dass die an der Verhandlung beteiligten Personen ohne Abzeichen erscheinen sollten. Der Staatsanwalt beantragte gegen sämtliche Angeklagten polizeilich wegen Ungebühr vor Gericht eine Ordnungsstrafe von je 30 Reichsmark. Das Urteil des Gerichts lautete auf je 20 Reichsmark oder einen Tag Haft. In der Begründung dieses Spruchs erklärte der Gerichtsvorsitzende: "Wenn nicht schon Takt und Geschmack den Angeklagten gesagt haben, dass sie in dem merkwürdigen Aufzug den Gerichtssaal nicht betreten dürften, dann hätten sie zumindest meiner Anordnung Folge leisten müssen. Es liegt offenkundig eine Demonstration vor. Das Gericht muss aber seine Autorität wahren und lässt sich nicht verhöhnen."

Nach diesem bezeichnenden Zwischenfall wurde durch Verlesung der Anklageschrift in die Verhandlungen eingetreten.

SPD. Köln, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Kriminalpolizei verhaftete eine Bande jugendlicher Autodiebe. Die Bande hatte in kurzer Zeit 40 Wagen gestohlen.

SPD. London, 10. Juni (Eig. Drahtb.)

Aus einer englischen Militärbibliothek in London wurde die im Jahre 1580 mit der Hand geschriebene Sharagram-Bibel gestohlen. Die Bibel stellt einen unersetzlichen Wert dar.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sie haben Geld genug.

SPD. Das neue Finanzprogramm der Regierung Brüning - Moldenhauer bedeutet eine Belastung der Arbeitenden unter gleichzeitiger Schonung des Unternehmertums. Besteuerung des Unternehmergewinns bedeutet den Ruin der Wirtschaft das ist die Parole, unter der die Bürgerblocksteuerpolitik durchgeführt wird.

Es geht den armen Unternehmern wirklich sehr schlecht! Für ihre eigenen politischen Zwecke jedoch haben sie genügend Geld; der Verband sächsischer Industrieller hat ein Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet, das zu Extrabeiträgen für die Sachsenwahl auffordert. Diese Extrabeiträge stellen eine regelrechte Steuer dar. Der Mindestbeitrag beträgt 1 Mark für jede in dem Betriebe beschäftigte Person. Würde der gesamten deutschen Industrie eine gleiche Steuer auferlegt werden, so würde ein sehr erheblicher Betrag einkommen, der in einem Deckungsprogramm schon eine ganz ansehnliche Rolle spielen würde. Für den Staat haben die Unternehmer freilich kein Geld - zur Förderung der sozialen Reaktion aber haben sie Geld wie Dreck.

Sie nehmen !

Die Nationalsozialisten sind Todfeinde der demokratischen Republik. Ihrem Geld aber sind sie hold! Sie nehmen sehr gerne als Abgeordneten die Diäten der demokratischen Parlamente, ja sie drängen sich geradezu nach Extradiäten. Im Badischen Landtag fand eine Sitzung des Rechtsausschusses mit einer richtigen Tagesordnung statt. Zu dieser Sitzung erschien das Ständige Ausschussmitglied der Nationalsozialisten nicht, an seiner Stelle kam der Abgeordnete Professor Krafft aus Mannheim. Er überreichte dem Vorsitzenden des Ausschusses die schriftliche Bestätigung, dass er seine Fraktion in dieser Ausschusssitzung zu vertreten habe. Die Sitzung wurde eröffnet und noch in derselben Minute war Herr Krafft auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Die Sitzung dauerte bis in die Nachmittagsstunden hinein, aber Herr Krafft kam nicht wieder. Für diese Ausschusssitzung wurde ein besonderes Tagegeld bezahlt. Für die Ueberreichung eines Zettels an den Vorsitzenden hat der nationalsozialistische Abgeordnete Prof. Krafft das volle Tagegeld eingesteckt - ein Tagegeld für eine Minute Anwesenheit.

Es wird erklärt, dass ein solcher Fall sich im Badischen Landtag bisher nicht ereignet hat. Diese angenehme einnehmende Praxis ist die ureigenste Erfindung der Nationalsozialisten. Aber warum sollten sie nicht nehmen? Es ist ja nur das Geld der Republik. Der nationalsozialistische Abgeordnete Krafft hat damit geradezu eine revolutionäre nationalsozialistische Tat vollbracht, denn er hat die Staatsfinanzen um ein Tagegeld geschwächt.

Vom Sozialismus der Hakenkreuzler.

Die sozialistische Redeweise der Nazis flösst bürgerlichen Kreisen schon lebhaft Bedenken ein. Wir lesen in der rechtsradikalen "Standarte" die folgende Betrachtung:

"Aus diesen Darlegungen dürfte sich mit hinreissender Klarheit die ungeheure Gefahr erkennen lassen, dass durch die sozialistischen Forderungen des Nationalismus Bevölkerungsteile, die bisher Gegner des Sozialismus waren, in die Arme des Sozialismus getrieben werden."

Den Nazis ist es freilich um ihren Sozialismus nicht ernst. Den Unternehmern gegenüber zinkern sie mit den Augen und erklären, wie sie es meinen. Ein führender sächsischer Nationalsozialist hat einem Fabrikdirektor einen Brief geschrieben, in dem es heisst:

"Zu Ihrer Bemerkung betreffend sozialistischer Arbeiterbewegung, Antikapitalismus und wie sie danach ausdrücken, will ich Ihnen nur mitteilen: Lassen Sie sich doch nicht immer von dem Text unserer öffentlichen Plakate betören. Der Zweck heiligt das Mittel, welche Partei lockt nicht ihre Träger, sind Sie versichert, mein verehrtester Herr Direktor, wenn Ihnen um Ihre Zukunft bange ist, bezüglich Ihres zurzeit schwankenden Unternehmens, dann sind Sie nirgends besser geborgen, als bei unserer NSDAP. Gewiss es sind Schlagworte wie Nieder mit dem Kapitalismus, Juden usw. aber selbige sind notwendig. Also verstehen Sie nur recht. Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, um selbige eben an uns zu ziehen, sonst würden sie sich bei uns nicht zu Hause fühlen."

So sieht der Sozialismus der Hakenkreuzler in Wirklichkeit aus! Ihre sozialistische Redeweise entspringt nicht der Gesinnung, sie ist lediglich ein Mittel des Betruges, um Arbeiter für Unternehmerzwecke einzufangen.

#### Die Verseuchung der Jugend.

Der nationalsozialistische Schülerbund verseucht systematisch die höheren Schulen. Der Bremer Schulsenator Dr. Spitta erliess gegen das Treiben der Nazis ein Rundschreiben an die Schulleiter, das die Meldung eines jeden Falles von nationalsozialistischer Betätigung von Schülern während des Unterrichtes forderte. Der Nationalsozialistische Schülerbund Bremen veranstaltete dagegen eine Protestversammlung, auf der ein Naziredner sprach:

"Herr Senatskommissar Dr. Spitta! Der Erlass des Rundschreibens war die gemeinste und schandbarste Handlungsweise. Diese Leute vom Senat wollen nur ihre Stellungen halten."

Die Hetzrede, die diese Kraftstellen enthielt, wurde gehalten vor 70-80 höheren Schülern, darunter 12 - 13 jährige Jungen! Es wird Zeit, dass diesem Treiben sehr energisch ein Ende gemacht wird!

#### Steuergeld für Hakenkreuzunfug.

Der thüringische Kultusminister Dr. Frick hat die aus dem Kulturfonds des Reichsinnenministeriums an Thüringen überwiesenen Mittel zu einem Teil zur Subventionierung rechtsradikaler Verbände verwendet. Unter diesen Verbänden befindet sich der "Kampfbund für deutsche Kultur". Was dieser Bund ist, sieht man aus den Überschriften eines den Jesuiten gewidmeten Heftes des Organs dieses Bundes: "Heil dem Verbrechen - es lebe die Lüge - die Vorhaut Christi - Be- rechtigung des Fürstenmordes - Auch Vatemord ist erlaubt - Auch Menschenfres- serei ist erlaubt - Leichenschändung ist auch nicht schlimm - Beischlaf mit dem Beichtkind."

Das ist es, was im Frick-Paradies unter deutscher Kultur verstanden wird. Und für so etwas werden die Gelder der Steuerzahler aus dem ganzen Reich ver- wendet!

#### Auch ein Gemütsmensch!

Im "Regensburger Anzeiger" vom 31. Mai ist das folgende bezeichnende In- serat zu lesen:

"Ich möchte mein Windspiel Dolovel für Juli in Pflege geben. In Frage kommen nur ganz kultivierte Menschen, die auch Zeit und das nötige Verständnis für ein Tier haben. Briefliche Zuschriften mit Angabe der Pflegekosten erbittet Oberarzt Dr. H. Bodewick, Krankenhaus der Barmherzigen Brüder." Jedes Wort ist hier bezeichnend. Von den ganz kultivierten Menschen angefangen bis zum Kran- kenhaus der Barmherzigen Brüder. Für den Hund ganz kultivierte Menschen. Und für die Menschen!

# Aus aller Welt

Freibeuter der Liebe.

-----  
Die Abenteuer einer schönen Aegypterin - Die Liebe zum Zuhälter -  
Rätsel der Menschenseele - Schüsse im Tanzlokal - Eine Pariser  
Eifersuchtstragödie.

SPD. Siebzehn Menschen büssten in Paris innerhalb der letzten Woche ihr Leben durch Mord ein. Ein Fall rief besonderes Aufsehen hervor. Die Aegypterin Jeanne Faure erschoss in einer Bar ihren Freund Maurice Roisseau und stellte sich dann selbst der Polizei.

Vor zwei Jahren war Jeanne Faure, ein einfaches Mädchen, nach Paris gekommen. Sie arbeitete zunächst in einer Fabrik, dann in einem Büro. Der Sohn des Chefs fand, dass das Mädchen schön war; er begann eine Liebelei mit Jeanne, liess sie aber, als sie ein Kind bekam, schmähdlich im Stich; die alte Geschichte! Jeanne Faure stand allein im Leben, aber nicht von allen Göttern verlassen. Sie war schön, sogar von betörender Schönheit, der kein Mann widerstehen konnte. Sie wusste das und beschloss, dieses einzige Kapital, das sie besass, zu ihrem Vorteil zu verwenden. Zunächst fand Jeanne noch ein paar reiche Freunde, die sie unterhielten. Aber der Geschmack der Freibeuter der Liebe wechselt schnell. Die Aegypterin sank von Stufe zu Stufe. Seit einem Jahr war sie in einem Tanzlokal im Vergnügungsviertel Montmartre als Animiermädchen angestellt. Sie musste trinken von 7 Uhr abends bis früh in den anderen Morgen, durfte keinem Manne einen Tanz abschlagen und auch zur Erfüllung sonstiger Wünsche ständig bereit sein. Das nannte sich nun Leben für eine 30 jährige Frau! Jeanne Faure hatte die Sache bald über, die Männer widerten sie an, sie sehnte sich nach einem Funken wahrer Liebe. Jeanne hatte Pech; sie fiel einem jener Männer anheim, die aus dem Elend der gescheiterten Mädchen noch Kapital schlagen.

Maurice Roisseau, ein junger Mann von 25 Jahren, hatte schon seine Vergangenheit. Er war mehrfach wegen Zuhälterei bestraft, aber blieb unverbesserlich. Seit etwa einem halben Jahr wohnte das Paar im "Hotel Sylvia" am Montmartre. Jeanne sorgte für das Auskommen; acht, selbst zehnmal am Tage musste sie sich verkaufen. Roisseau sass in der Nähe in einem Café, spielte Karten und wartete auf das Geld. Ein paar Monate ging das so. Bald jedoch wurde der Nichtstuer seiner Freundin überdrüssig. Er interessierte sich für andere Mädchen, knüpfte neue "Geschäftsverbindungen" an und bereitete alles vor, um sich von Jeanne zu trennen.

Wer kennt sich in den Geheimnissen der Menschenseele aus? Jeanne liebte den Mann, der sie täglich betrog, der sie quälte und schlug, mit tiefer Leidenschaft sie prallte ab, es kam zur Katastrophe.

Roisseau verliess heimlich seine Freundin und nistete sich anderswo ein. Jeanne rannte weinend durch alle Tanzlokale, durch alle Strassen auf der Suche nach dem Geliebten - vergebens. Da sie leben musste, ging die Frau ihrem traurigen Beruf weiter nach.....

Eines Abends kam plötzlich Roisseau am Arm einer anderen vorüber. Jeanne stürzte auf den Gesuchten zu, Roisseau ahnte, was kommen würde, verabschiedete die Rivalin in aller Eile, folgte Jeanne gehorsam in ein Tanzlokal, zeigte sich geneigt, sie anzuhören. Doch vergebens bemühte sich Jeanne, ihn zur Rückkehr zu bewegen. Er zuckte die Achseln, fand allerhand Ausreden, machte sich bereit, zu gehen. Als er den Mantel anzog, sah Jeanne, dass ein Revolver in der Tasche steckte....

Was nun geschah, spielte sich innerhalb weniger Sekunden ab. Jeanne riss die Waffe heraus, Roisseau suchte zu fliehen. Er sprang mitten durch die Reihen der Tanzenden. Ein Schuss krachte, noch einer. Ein Mann wälzte sich auf dem Par-



kett in seinem Blut. Jeanne Faure war eine gute Schützin. Mitten in die Brust getroffen starb Maurice Roisseau nach einigen Minuten.

Jeanne stellte sich der Polizei und erklärte, dass sie ihre Tat nicht bereue. Eher wollte sie den Freund tot wissen, als in den Armen einer anderen. Jeanne wurde verhaftet und in das Saint Lazare Gefängnis eingeliefert. Bald werden sich die Gefängnistore auf zehn oder fünfzehn Jahre hinter der schönen Aegypterin schliessen.

+                    +                    +

### Silberhochzeit in Doorn.

-----

Exkronprinz "Feste druff" feiert in Doorn - Hofgottesdienst und Galafrühstück - Das wilhelminische Feuerwerk - Und alles für unser Geld!

SPD. Das Städtchen Doorn in Holland erlebte am Pfingstmontag eine kleine Sensation. Bei "Kaisera" war grosser Empfang, Exkronprinz "Feste druff" feierte im Schosse seiner zahlreichen Lieben das Fest der silbernen Hochzeit. Höchst pompos, wie es sich für eine so grosszügig abgefundene Königliche Hoheit auch gehört. Mit einem Festgottesdienst, einem Galafrühstück, einem abendlichen Frackempfang und einem Feuerwerk, wie es Doorn und Umgebung wohl noch niemals erlebt hat. Wenn man den ausführlichen Stimmungsimpressionen der "nationalen" Hofreporter und den Berichten der holländischen Blätter nachgeht, so muss man doch staunen, wieviel überflüssiges Geld die Familie Hohenzollern noch zur Verfügung hat.

+                    +                    +

Der grosse Rummel nahm seinen Anfang mit einem Gottesdienst im Schlosse Doorn, zu dem man sich einen eigenen Hofprediger, der zudem noch leibhafter Graf ist, verschrieben hatte. Dieser Herr, Graf Kolff aus Essen, hielt eine Predigt, die wie eine byzantinische Hymne aus seliger Vorkriegszeit anzuhören war. Natürlich fehlte auch ein markiger Schluss nicht, der dem "Kaiser", wie servile Schmocks versichern, ein leutseliges Lächeln abgelockt haben soll. Sie waren alle anwesend, die wir so sehr in unser Herz geschlossen haben: der dicke Prinz Eitel Friedrich, dem der herbe Volksmund den ominösen Spitznamen Prinz Eitel Schiebrich gegeben hat, die Herren Oskar und Adalbert, eifrige Stahlhelmvorkämpfer für eine neue Thronerfolge, sowie zwei arbeitslose Grossherzöge, die "Ehemaligen" von Braunschweig und Mecklenburg, die in Ermangelung nutzbringender Berufsmöglichkeiten bei feierlichen majestätischen Anlässen zur Tischdekoration mit verwandt werden.

+                    +                    +

Um 1 Uhr mittags versammelte man sich zu einem reichhaltigen Frühstück. Draussen standen die Leute, sahen der Auffahrt der eleganten Autos zu, erzählten Anekdotchen von "ihrem Kaiser" und als am Nachmittag der allerhöchste Holzhacker mit Familie im Garten lustwandelte, wobei er, wie boshafte Reporter versichern, in grosser Uniform aufmarschiert war, hatte er das grosse Vergnügen, doch immerhin so etwas wie Volk zu sehen, das gleichsam an den Stufen seines Ersatzthrones stand, während die Filmhyänen ganz unromantisch zu kurbeln angingen.

Am Abend gab es noch einmal einen grossen "Empfang". Alles versammelte sich, was bei Wilhelm noch in Huld und Gnade steht. Festlicher Lärm drang aus den hellen erleuchteten Fenstern des Schlosses ins Dunkel der Nacht. Wilhelm versteht es ja zu leben und - nein, nicht "leben zu lassen", er ist ja notorisch geizig, aber - hochleben zu lassen. Das macht Lärm, JHM, dem Traragewöhnten, infolge dessen Spass und - kostet nichts....

+                    +                    +

Und dann kam ein Feuerwerk, dass das ganze Städtchen Doorn buchstäblich auf dem Kopfe stand. Die Raketen zischten, die Frösche zuckten knallend auf und zersprangen in der Luft, Silber und Gold rieselten in unwahrscheinlichen grossen Mengen auf die versammelten Majestäten nieder und es war beinahe so schön wie einst im wilhelminischen Mai.... Mann, Weib, Kind und Kegel standen auf der Strasse und bestaunten die Herrlichkeiten, die die Pyrotechniker für unser Geld zum Ergötzen der erlauchten Herrschaften aufgebaut hatten. "Donnerwetter, das geht

aber heute hoch her bei Kaisers....." sagten sie staunend und sahen fast erschrocken zum wildgewordenen Firmament, das wie ein schwarz-weiss-roter Bilderbogen aus Neuruppin anzusehen war. "Fremdes Geld verpulvert sich leicht und Unrecht Gut gedeihet in Doorn!" mag Wilhelm gedacht haben, als er sich, zufrieden mit sich selbst und mit seinen Pyrotechnikern, in die eheliche Schlafkemenate begab.

Und nie werden die letzten Kaisertreuen die denkwürdige Silberhochzeit im Hause der ehemaligen Majestäten am zweiten Pfingsttage im Jahre des Heils 1930 vergessen.

+ + +  
Ueber hundert Tote. In der Mündung des Jangtse lief der chinesische Dampfer "Litung" auf einen Felsen auf und sank. Die Mannschaft und hundert Passagiere ertranken in den Fluten.

+ + +  
13151 Meter hoch. Der amerikanische Marineleutnant Soucek stellte mit einem Flug von 13151 Meter Höhe einen neuen Höhenweltrekord auf, durch den der bisherige Höhenrekord des deutschen Fliegers Neuenhöfer um 364 Meter übertroffen wurde. Soucek war 130 Minuten in der Luft.

+ + +  
Reichswehrrätler als Alpenopfer. Der 24 jährige Reichswehrsoldat Fritz Preindl aus Kufstein stürzte bei einer Klettertour im Wilden Kaiser (Unterinntal) vom Predigtstuhl in die Steinerne Rinne ab und verschied an den erlittenen Verletzungen. Der wilde Kaiser forderte in diesem Jahre schon drei Opfer.

+ + +  
Mord wegen abgelehnter Karusselfahrt. Auf dem Schützenplatz in Dramburg (Mittelpommern) wurde der Karusselbesitzer Hein von einem jungen Burschen, der schon mehrfach wegen Tötlichkeiten vorbestraft ist, erstochen. Der junge Mann bestand darauf, auch noch nach Mitternacht mit seinen Freunden Karussel zu benutzen, während Hein der polizeilichen Vorschrift, um 12 Uhr den Karusselbetrieb einzustellen, nachkommen wollte.

+ + +  
Wolfsrudel zerfleischt über hundert Schafe. In einer der letzten Nächte wurden die Bewohner des bulgarischen Dorfes Gorniloson durch das Auftreten eines starken Wolfsrudels, das für die jetzige Jahreszeit völlig ungewöhnlich ist, in helle Aufregung versetzt. Gegen 15 dieser Bestien, die anscheinend vom Balkangebirge in die Rhodope hinüberwechselten, überfielen nahe der Ortschaft eine Schafhürde, in der über 200 Tiere untergebracht waren und richteten unter ihnen ein grosses Blutbad an. Mehr als hundert Schafe und Ziegen wurden abgewürgt, ohne dass die Hirtenjungen, die keine Waffen besaßen, etwas gegen die Tiere unternehmen konnten. Erst, nachdem die Wölfe sich zurückgezogen hatten, wagten sich die Hirten heraus, um das Dorf zu alarmieren. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung gingen die Spuren des Rudels in den Bergen bald verloren.

+ + +  
In der Sprechstunde überfallen. Ein im Norden Berlins wohnender praktischer Arzt wurde am Dienstag mittag während der regelmässigen Sprechstunde von einem geisteskranken jungen Mann überfallen, zu Boden geworfen und mit einem Knüttel geschlagen. Dadurch, dass die Wirtschafterin des Arztes hinzukam, konnte grösseres Unglück vermieden werden. Aus den Rufen des Geisteskranken: "Du Hund, Du hast meine Schwester gemordet!" war zu entnehmen, dass er der Meinung sei, dass der von ihm misshandelte Arzt seine Schwester auf dem Gewissen habe. Die Schwester des Angreifers war kurze Zeit in der Behandlung des Arztes gewesen, aber gestorben. Der Arzt hatte den Totenschein für das Mädchen ausgestellt. Der Täter floh nach seinem Excess, konnte aber bald festgenommen werden.

+ + +

Das ist ein Geschäft! Die jährlichen Ausgaben Amerikas für Alkohol be-  
laufen sich trotz der Prohibition nach den Zusammenstellungen der nationalen  
Organisationen gegen die Prohibitions Gesetze auf mindestens 2½ Millionen Dol-  
lar. Der Jahreskonsum wird auf etwa 180 Millionen Gallonen stark alkoholhalti-  
ger Getränke, 150 Millionen Gallonen Wein und 630 Millionen Gallonen Bier ge-  
schätzt. Man kann sich vorstellen, welche Riesengewinne der Alkoholschmuggel  
und die Fabrikation elendsten Fusels unter diesen Umständen abwirft.

+ + +  
Der unentwegte Kürten. Kürten gesteht weiter. Die Liste der Taten, deren  
er sich bezichtigt, umfasst bis jetzt 60 Verbrechen, von denen elf Morde und  
mehr als 20 Brandstiftungen sind. Kürtens letzte Geständnisse beziehen sich  
auf die Thüringer Zeit, im Jahre 1923, in der er u.a. ein 19 bis 20 jähriges  
Mädchen und eine 35-jährige Frau ermordet haben will.

+ + +  
Typhus in Gallspach! In Gallspach ist Typhus ausgebrochen. Die Seuche  
ist offenbar durch serbische Gallspach Pilger eingeschleppt worden. Zahlreiche  
Kranke mussten ins Hospital überführt werden. Die Behörden sollen zur Be-  
kämpfung der Seuche überhaupt nichts Ernstliches unternehmen und in keiner Wei-  
se den Fremdenzstrom stoppen. Durch diesen lokalen Ehrgeiz, nichts zu tun, was  
dem Zeileis-Ruhme des kleinen Städtchens, und einem entsprechenden materiellen  
Vorteil irgendwie abträglich sein könnte, besteht grosse Gefahr, dass die In-  
fektion in andere Länder verschleppt wird.

+ + +  
Pariser Heine-Enthusiasmus. Die Feier des hundertsten Todestages Hein-  
rich Heines wird auch in Paris würdig begangen werden. Unter dem Ehrenvorsitz  
Herriots bildete sich ein Heinrich-Heine-Ausschuss mit der Aufgabe, Kundge-  
bungen vorzubereiten und Gelder zu sammeln, die zu der Errichtung eines Heine-  
Denkmals in Düsseldorf beigesteuert werden sollen.

+ + +  
Deutsch verdrängt Latein. In Anerkennung der Tatsache, dass die Ungarn  
in sprachlicher Hinsicht ein ziemlich isoliertes Dasein führten, verfügte der  
ungarische Kultusminister, in den unteren Klassen der Realgymnasien nicht mehr  
lateinisch, sondern deutsch lehren zu lassen.

+ + +  
Seltsames Experiment. Ein überaus interessantes Experiment hat der be-  
kannte amerikanische Violinkünstler Jacques Gordon, der seit neun Jahren der  
erste Violinist des berühmten Symphonie-Orchesters von Chikago ist, mit Hilfe  
einer führenden Zeitung in den Strassen von Chikago angestellt. Im schäbigen  
Anzug und mit der typischen Gestik eines Stassenmusikanten stellte er sich  
mit seiner Stradivarius-Geige im Werte von 40 000 Dollar um die Mittagsstunde  
neben den Eingang des städtischen Kunstmuseums und begann, bekannte Konzert-  
stücke zu spielen. Dieselben Stücke und dasselbe Spiel, das gewöhnlich von  
Tausenden Musikliebhabern mit schwerem Gelde in den Konzerten aufgewogen wird,  
konnten in den ersten zehn Minuten nur sechs Zuhörer anlocken. Langsam nahm  
die Schar zu, spendete auch kleine Münzen, gab aber sonst keinerlei Anzeichen,  
dass sie das Spiel Gordons als besonders gut betrachtete. Nach einer halben  
Stunde machte der Künstler, der inzwischen seinen Platz öfters gewechselt  
hatte, Schluss und stellte fest, dass er insgesamt 5,51 Dollar in kleinen  
Münzen eingenommen hatte. Der bekannteste Musikkritiker von Chikago, der zufäl-  
lig vorbeikam, den Geigenkünstler in seiner Verkleidung jedoch nicht erkannte,  
belohnte die Fiedelei des Strassenmusikanten mit der fürstlichen Summe von  
18 Cents.

+ + +  
Aus Versehen die Ehefrau niedergeschossen. Ein Kaufmann aus Ried  
(Oesterreich-Innkreis) streckte irrtümlich seine Frau mit einigen Revolver-  
schüssen zu Boden, da er sie in der nächtlichen Dunkelheit nicht erkannte und  
für einen Einbrecher hielt. Die Frau erhielt einen Schuss in die Lunge.



U n m ö g l i c h !

Krisenfürsorge im "Rahmen des Möglichen".

SPD. Das Kabinett Brüning hat für den so dringend notwendigen Ausbau der Krisenunterstützung angeblich nicht genug Geld. Sein Reichsarbeitsminister erklärte den freien Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe fordern, das Reich könne nur im "Rahmen des Möglichen" helfen. Dieser Rahmen ist ein richtiger Hungerrahmen. Gemessen an den elementaren Lebensnotwendigkeiten - der Hunger der Ausgesteuerten tut weh - ist dieser Rahmen eine Unmöglichkeit. Er ist auch eine Gefahr; denn er ist zu straff und zu eng gespannt, und allzu straff gespannt zerspringt bekanntlich der Bogen.

Wie stehts im einzelnen mit diesem Rahmen des Möglichen? Im Etat sind 150 Millionen für Krisenunterstützung vorgesehen. Dazu kommen weitere im neuen Deckungsplan vorgesehene 150 Millionen, sodass also, wenn der Reichstag mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, im ganzen zunächst 300 Millionen für Krisenunterstützung zur Verfügung stehen. Mit diesen 300 Millionen kann man vielleicht rund 400 000 Ausgesteuerte unterstützen. Nun liegt aber im Augenblick die Zahl der Krisenunterstützten bereits über 325 000. Auch wenn der Kreis der Berufsgruppen, die in die Krisenfürsorge einbezogen sind, nicht größer würde, dann müsste dennoch in Kürze infolge der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger kräftig in die Höhe gehen. Wie stark die Zunahme der Krisenunterstützungsempfänger ist, zeigt die Tatsache, dass in der Zeit vom 16. Februar bis 15. März bei 118 000 Arbeitslosenunterstützungsempfängern der Unterstützungsanspruch erlosch; davon kamen 41 500 in die Krisenfürsorge, also 35,1% oder rund ein Drittel. Man darf auch nicht vergessen, dass in diesem Jahr infolge der schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt die Unterstützungsdauer bei den meisten Krisenunterstützungsempfängern viel mehr ausgeschöpft wird, während im vorigen Jahr ein gut Teil der Krisenunterstützten im Frühjahr wieder in Arbeit kam.

Entscheidend für die Beurteilung der von der Regierung vorgesehenen Unterstützung ist die Frage, inwieweit die Forderungen der Gewerkschaften auf Ausbau der Krisenunterstützung erfüllt werden oder nicht. Schon eine Einbeziehung der Bauarbeiter muss sehr schnell die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger in die Höhe gehen lassen. Nimmt man eine Zunahme von Unterstützungsanwärtern um nur 200 000 an, - was bestimmt nicht zu hoch gegriffen ist - dann fehlen für rund 140 000 bis 150 000 Ausgesteuerte die Unterstützungsmittel und den Gemeinden kann man doch nicht noch mehr aufhalsen.

Der Rahmen des Möglichen ist, wie man sieht, unerträglich eng und gespannt. Der Reichsarbeitsminister hat wohl in Aussicht gestellt, dass 120 bis 130 000 Bauarbeitern Beschäftigung gesichert werden soll. Wenn der Arbeitsminister mit seinen Plänen Glück hat, schön, aber einstweilen muss etwas für die Unterstützung der immer mehr anwachsenden Scharen der Ausgesteuerten getan werden. Die Erweiterung der Krisenunterstützung kann nicht länger mehr aufgeschoben werden.

SPD. Das mexikanische Arbeitsministerium hat in einer öffentlichen Bekanntmachung die Arbeitslosen vor einer Auswanderung nach den grossen amerikanischen Industriezentren dringend gewarnt. Nach den Berichten des mexikanischen Konsuls in Detroit ist es für einen Zuwanderer völlig ausgeschlossen, dort Arbeit zu finden.

---

SPD. Der Streik der Textilarbeiter der Spinnerei und Weberei A.G. in Steinen und Maulburg (Baden) ist nach einer Dauer von fünf Wochen beendet worden. Es kam zu einer freien Vereinbarung, die die beteiligten Arbeiter im wesentlichen befriedigte. Der Versuch der Arbeitgeber, die Akkordlöhne scharf zu kürzen, wurde vereitelt. Bewundernswert war in dem Konflikt die Disziplin der Arbeiterschaft, die jede Einmischung linksradikaler Elemente in den Kampf energisch zurückwies und nur nach den Anordnungen der Gewerkschaften handelte.

---

SPD. Die Direktion der Hanseatischen Jutespinnerei und Weberei in Delmenhorst wird geplagt von dem Ehrgeiz, sich in der Lohnabbausbewegung des Unternehmertums Lorbeeren zu holen. Während bisher bestehende Differenzen auf dem Verhandlungswege erledigt wurden, erklärt jetzt plötzlich die Direktion, dass überhaupt nicht mehr verhandelt werde. Sie glaubt, dass die Belegschaft durch monatelange Kurzarbeit müde gemacht ist und sich alles bieten lässt. Sie hat das Lohnabkommen mit den Vorrichtern und Aufsehern gekündigt und einseitig eine Lohnkürzung von 17 bis 18 Mark pro Woche angeordnet. Die Direktion will ein neues Arbeitsverhältnis anbieten, die bestehenden Tariflöhne jedoch um 15% kürzen.

Ob die Hanseatische Jutespinnerei auf dem von ihr beschrittenen Kriegspfad sich die ersehnten Lorbeeren holen wird, möchten wir sehr bezweifeln.

---

SPD. Die Bauindustrie Chikagos ist von einem ernsten Arbeitskonflikt bedroht. Die organisierten Elektriker fordern von den Unternehmern die Anerkennung einer Alterspension. Die Unternehmer sollen neben der Zahlung des regulären Stundenlohns noch 20 Cents an eine Pensionskasse abliefern. Der Stundenlohn eines Elektrikers beträgt gegenwärtig in Chikago 1,70 Dollar. Vorläufig stehen die Elektrikfirmen und die Bauunternehmen den Forderungen der Elektriker völlig ablehnend gegenüber.

---

SPD. Unter dem Namen "Hauptausschuss der nationalen Industriearbeiter - Verbände" haben sich der "Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine - Berlin", die "Niederlausitzer Bergbau-Werksgemeinschaft" - Senftenberg, "Der Deutsche Arbeiter" (Verband nationaler Arbeitnehmer Deutschlands - Essen), der "Reichsbund deutscher Arbeiter" - Berlin und die "Arbeitnehmervereinigung im mitteldeutschen Bergbau" - Halle zusammengeschlossen.

Wir sind gespannt, wie lange die gelbe Eintracht vorhalten wird.

---

# Wirtschaft Technik Gang

## Lohn und Preis.

(Bedeutung der Monopolpreise für die Preissenkung.)

SPD. Am Donnerstag sind 14 Tage seit der ersten Fühlungnahme der Unternehmer mit den Gewerkschaften vergangen. Ergebnisse der Verhandlungen sind nicht zu erkennen. Die Bereitschaftserklärung der Unternehmer, sich in der Arbeitslosenversicherung für eine Beitragserhöhung auf 4½ % einzusetzen, ist für die Verhandlungen ebenso bedeutungslos geworden wie der Voranschlag des Notopfers der Festbesoldeten auch der Privatwirtschaft, seitdem das Reichskabinett diese beiden Massnahmen in sein Deckungsprogramm aufgenommen hat. So bleibt als Verhandlungsgegenstand in der Hauptsache nur die Frage der Löhne und Preise, die freilich, ausgesprochen oder nicht, das Hauptziel der Unternehmerinitiative war.

Die Absichten der Unternehmer laufen auf die Durchführung von Lohnsenkungen hinaus, wobei man die Entfesselung von Wirtschaftskämpfen vermeiden möchte. Wir anerkennen, dass eine Wirtschaftsbelebung von der Senkung des gesamten Preisniveaus abhängig ist. Entscheidend für die Senkung des allgemeinen Preisniveaus ist eine starke Ermässigung der Monopolpreise der Kartellindustrie, besonders der Eisen- und Kohlenpreise. Inlandsabsatz und Exportverkäufe der verarbeitenden Industrie leiden am schwersten unter diesen Monopolpreisen, die trotz der Senkung der Schrottpreise und Erzfrachten und trotz grösster Konjunktur- und Selbstfinanzierungsgewinne auf einem im Vergleich zum Weltmarkt unerträglich hohen Niveau gehalten werden.

	Weltmarkt	Deutsche Verarbeiter- zahlen (im Streckenge- schäft ab Werk)	Export (Avi) Rückvergütung Juni	Trotz Aviver- gütung bleibt eine Monopol- preisbelastun
Es kostete im Mai auf dem				
1 Tonne in Mark:				
Formeisen	101,50	144.- bis 154.-	34.-	8.50 - 18.50
Stabeisen	107,50	147.- " 157.-	32.-	7.50 - 17.50
Bandeisen	120.-	171.- " 178.50	40.-	11.- - 17.50
Grobbleche	129.-	161.50	27.-	5.-
Mittelbleche	132,50	165.- bis 172.-	25.-	7.50 - 14.50

Im Durchschnitt werden inländische Verarbeiter, die also für das Inland arbeiten, pro Tonne zwischen 39 und 47 Mark teurer von der deutschen Schwerindustrie beliefert als der Weltmarkt und auch die für den Export arbeitenden Industrien müssen, trotz der Avirückvergütung, noch 8 - 16 Mark mehr bezahlen als das Ausland. Bei Steinkohlen bestehen folgende Spannen:

englische Durhamkoks-kohle kostete im Mai ab Grube	Mark 12,53
Ruhrfettförderkohle " " " " "	" 16,89
Durhamkoks kostete im Mai ab Werk	" 19,54
Ruhrgiessereikoks kostete im Mai ab Werk	" 24,25

Die deutsche verarbeitende Industrie muss aber auch im Inland durch die billigeren Materialpreise der Auslandskonkurrenz zunehmend bedrängt werden. Es zahlt der Verarbeiter ab Werk

	in Deutschland	England	Frankreich
für 1 Tonne			
Giesserei Roheisen III	85 Mark	67,70 Mark	80,25 Mark
Stabeisen	141 "	130.- "	112,34 "

Die Senkung des allgemeinen Preisniveaus hat, wenn sie konjunkturanregend



wirken soll, die Verringerung dieser Preisspannen bei den Rohmaterialien zur Voraussetzung. Nicht die Lohnhöhe, sondern die Höhe der Materialpreise hemmt den Inlandsabsatz der verarbeitenden Industrie und hindert ihre Konkurrenzfähigkeit im Ausland. Trotz der bisherigen Lohnhöhe konnte - bis zum Monat März - die deutsche verarbeitende Industrie ihren Anteil am Welthandel noch erhöhen. Die Absatzhemmung der Eisenindustrie und der Kohlenzechen hat wiederum in der Aufnahmefähigkeit und - seit März - in rückgängiger Konkurrenzfähigkeit der Verarbeiter ihre Begründung und nicht in der Höhe der Löhne. Es ist keine Lohnsenkung vorstellbar, die die schädigenden Folgen dieser Preisspannen beseitigen könnte. Hier kann nur eine scharfe Senkung der Kartellpreise auf der ganzen Linie helfen. Es hätte aber auch keinen Sinn, der Preissenkung eine Lohnsenkung vorangehen zu lassen. Denn nur eine Preissenkung an sich kann die Kalkulationsbedingungen der verarbeitenden Industrie verbessern und damit - auch bei der Schwerindustrie - die Hereinholung von neuen Aufträgen fördern. Jede Verkoppelung von Kartellpreisen und Lohnhöhe - auch im Interesse der verarbeitenden Industrie - wäre volkswirtschaftlich unsinnig.

Zu welcher Lohnpolitik können die Gewerkschaften sich bereit erklären, wenn das allgemeine Preisniveau zurückgeht? Hier entscheidet die Frage, welches Preisniveau gemeint ist. Der Index der Grosshandelspreise darf nicht in Frage kommen, nur der Kleinhandelsindex, mit anderen Worten (trotz der Unzulänglichkeit seiner Berechnung) der Index der Lebenshaltungskosten. Darauf müssen die Gewerkschaften um jeden Preis bestehen; sonst ergäben sich schliesslich Indexlöhne nach einzelnen Industrieproduktenpreisen mit ihren volkswirtschaftlich einfach phantastischen Widersprüchen. Dabei ist dreierlei zu beachten: nicht die Tarif-, sondern die Effektivlöhne müssen der Ausgangspunkt sein; die Effektivlöhne können, weil sie schon erheblich gesunken sind, zur Anpassung an den Index wohl nur wenig gesenkt werden; die arbeitenden Massen haben in neuen Verbrauchssteuern und - zöllen schon eine die Lohnkaufkraft senkende Vorleistung gebracht. Die hier mögliche Senkung der Selbstkosten der Industrie ist wahrscheinlich ebenso gering, als sie allgemein überschätzt wird.

Wirtschaftsfördernder als Verhandlungen über Löhne und Preise könnten Verhandlungen über Arbeitsbeschaffung und ausländische Kapitalzufuhr sein, besonders über die im einzelnen hyperrationalisierten Industrien mögliche Verkürzung der Arbeitszeit (Chemie, Eisen, Papier, Kohle usw.), vor allem über eine durchgreifende Kartellreform. Wir fürchten jedoch, diesen Eisen sind für die verhandelnden Unternehmervertreter so heiss, dass sie nicht angefasst werden. Hier wäre für eine bessere Konjunktur aber der grösste Nutzen zu stiften. Sehr grosser Nutzen wäre auch durch eine gemeinsame Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, des Industrie- und Handelstags und des Deutschen Zentralverbandes der Bankiers und des Bankgewerbes mit der Feststellung zu schaffen, dass die Kapitalflucht bei der heutigen Not in Wirtschaft und Staat schädlich, unmoralisch und unpatriotisch ist. Besonders diese letzte Aktion würde der seit langem grassierenden Vertrauenskrise sehr entgegenwirken.

SPD. Der Reichsbankausweis für die Woche zum 6. Juni 1930 wird weiter durch scharfen Rückgang in der Inanspruchnahme des Reichsbankkredits und durch scharfe Erhöhung der Gold- und Devisenbestände charakterisiert. Zur Ueberwindung des Maiultimos wurde der Kredit der Bank mit 572,9 Millionen Mark vermehrt in Anspruch genommen. Davon sind bis zum 6. Juni bereits 275,4 Millionen Mark zurückgeflossen. Der Rückfluss vor einem Monat (Woche zum 7. Mai) machte 237,6 Millionen aus. Insgesamt verminderte sich der in Anspruch genommene Kredit von 2 247 Millionen in der letzten Maiwoche auf 1 971,7 Millionen Mark (Anfang Mai 1930 = 2 007,1 Millionen Mark). Die Bestände an Handelswechseln und Schecks gingen um 81,2 Millionen auf 1 792,6 Millionen Mark (im Vormonat

um 85,6 Millionen auf 1853,5 Millionen Mark) zurück, die Lombardbestände um 120,6 Millionen auf 67,1 Millionen Mark, (im Vormonat um 81,8 Millionen auf 53,6 Millionen Mark). Die Bestände an Reichsschatzwechseln, die gegen ultimo Mai auf 84,5 Millionen angestiegen waren, haben sich um rund 73,5 Millionen auf 10,9 Millionen Mark verringert. Die fremden Gelder (in der letzten Maiwoche Rückgang um 279,1 Millionen auf 401,1 Millionen) erhöhten sich um 47,7 Millionen auf 448,8 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold und Deckungsdevisen erhöhten sich um 56,5 auf 2998,5 Millionen Mark. Es macht sich insbesondere der Goldzufluss aus dem Ausland (Goldkäufe in England) bemerkbar. So stiegen die Goldbestände um 27,6 Millionen auf 2618,8 Millionen Mark. Auch die Bestände an deckungsfähigen Devisen zeigen eine Rekordzunahme und zwar um 28,9 Millionen auf 379,7 Millionen Mark. Hier dürften jedoch Umbuchungen auf Grund fällig gewordener Auslandswechsel vorliegen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 53,8 % in der Vorwoche auf 57,3 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61,1% auf 65,6 %.

In der ersten Juniwoche 1929 trat eine Verringerung in der Inanspruchnahme des Reichsbankkredits um 289,7 Millionen auf 3062,8 Millionen Mark ein. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks machten 2758,7 Millionen Mark aus, die Lombardbestände 115,4 Millionen und die Bestände an Reichsschatzwechseln 97,8 Millionen Mark. Die Zahlen ergeben, wie gross der Zusammenschrumpungsprozess ist. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen wurden vor einem Jahr mit 2073 Millionen Mark angegeben und zwar entfielen davon 308,5 Millionen auf die Devisen und 1764,4 Millionen Mark auf Gold.

---

SPD. Der Kleinhandel, der angeblich zum Schutze des freien Handels gegen die Konsumgenossenschaften kämpft, hat sich schon seit langem in Genossenschaften zusammengeschlossen und führt so den Kampf gegen den freien Grosshandel. Eine der wichtigsten dieser Genossenschaften ist die Edekaorganisation, die besonders Kolonialwarenhändler erfasst. Wie der jetzt vorgelegte Jahresbericht dieser Genossenschaft besagt, hat die Edeka sich im verflossenen Jahr günstig entwickelt. Dem Unternehmen sind rund 400 Genossenschaften angeschlossen, hinter denen 31 000 Geschäfte mit einem Gesamtumsatz von 1760 Millionen Mark stehen. Ueber die Zentrale liefen davon 123 Millionen Mark (im Vorjahr etwa 100 Millionen Mark). Der Umsatz pro Mitglied macht 83,8 % des Satzes von 1914 aus gegenüber etwa 48 % nach der Markstabilisierung. Die Edekabank, das Finanzierungsinstitut der Edeka, steigerte mit einer Kontenanzahl von 12 600 ihren Umsatz von 653 auf 807 Millionen. Die Spareinlagen erhöhten sich - so sieht die Not des Mittelstandes von anderer Seite aus - ganz beträchtlich und zwar von 10,93 auf 13,86 Millionen Mark. Im Bericht wird mitgeteilt, dass das Bestreben der Edeka dahin gehe, besondere Warenmarken, sogenannte Edeka-marken zu schaffen.

---

SPD. Der Konsumverein Vorwärts-Dresden steigerte im Monat Mai seinen Umsatz von 4,124 Millionen auf 4,235 Millionen Mark. Der Mai 1929 erbrachte einen Gesamtumsatz von 4,535 Millionen Mark. Der gegenüber dem Vorjahr verringerte Umsatz beträgt demnach 6,6%. Bei den Sparkasseneinlagen ist für den Monat Mai ein Reinzugang von 360 000 Mark zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl vermehrte sich um 320. Der verringerte Umsatz ist auf die immer noch anhaltende Erwerbslosigkeit zurückzuführen, die im Bezirk Dresden ganz besonders stark ist.

SPD. Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat durchgeführte Erhebung über die Erntevorräte für den 15. Mai 1930 beweist, dass sich besonders die Bestände an Weizen gegenüber dem Vorjahr stark verringert haben. Alter Weizen wird an der Börse kaum noch angeboten. Die Zeit ist gekommen, den Beimahlungszwang völlig zu beseitigen. Selbst die agrarische "Deutsche Tageszeitung" hat gegen eine Verringerung der Beimahlungsquote nichts einzuwenden. Schneller verringert haben sich im letzten Monat auch die Roggenbestände; jedoch dürften die Vorräte rund 150 000 Tonnen höher sein als im Vorjahr. Die Verringerung der Bestände bei den Landwirten dürfte u.E. darauf zurückzuführen sein, dass der Roggen von der Landwirtschaft an die Stützungsstellen abgeschoben wird. Die Stützungsstellen, die mit staatlichem Gelde arbeiten, können sich ja auch heute noch nicht des Ansturms von Roggen erwehren. Die Schielesche Politik hat also hier einen völligen Schiffbruch erlitten. Darüber kommt man nicht hinweg, wenn die agrarischen Blätter ihren Lesern erzählen, dass Schiele die bei seinem Amtsantritt völlig verfahrenere Lage - welche Anerkennung für den Reichswirtschaftsminister Dietrich, der vor Schiele das Reichsernährungsministerium inne hatte - nicht im Handumdrehen ändern könne. Eine wesentliche Verringerung zeigen, verglichen mit dem Vorjahr, auch die Kartoffelbestände. Die Haferbestände haben sich weniger verringert. Die agrarische Presse verlangt hier, anstatt der gebotenen Einschränkung der Anbaufläche eine Erhöhung der Exportprämien. Deutschland hat ja so viel Geld, dass es seine Güter nach dem Ausland verschleudern kann. Das ist agrarische Wirtschaftspolitik.

---

SPD. Der englisch-holländische Shellkonzern, der auch in Deutschland sein Benzin vertreibt, erzielte im verflossenen Jahr einen Gewinn von rund 127 Millionen Gulden. Das sind 23 Millionen mehr als im vorigen Jahr. An der Welt-petroleumproduktion von 210,6 Millionen Kilogrammtonnen war der Konzern mit 25,1 Millionen Kilogrammtonnen beteiligt. Von den verschiedenen Ländern, in denen der Konzern seine Bohrfelder hat, stand Venezuela mit 8,7 Millionen Kilogrammtonnen an der Spitze. Die Produktion des Konzerns in den Vereinigten Staaten betrug 7,5 Millionen und in Niederländisch-Indien 4,7 Millionen Tonnen. Daneben stehen Petroleuminteressen in Mexiko, Ägypten, Rumänien und zahlreichen anderen Ländern. Nur in Argentinien weist die dort ohnehin bescheidene Produktion eine rückläufige Bewegung auf. Im niederländisch-indischen Archipel steht wiederum Borneo mit 2,7 Millionen Kilogrammtonnen weitaus an der Spitze. Auf dem Gebiet der Erzeugung synthetischen Benzins wurde über die I.G. Farbenindustrie eine Interessengemeinschaft zum gegenseitigen Austausch der Patente abgeschlossen.

---

SPD. Die Schmiedag (Vereinigte Gesenkschmieden A.G. Hagen in Westfalen), die vor einigen Jahren die einschlägigen Unternehmungen in Rheinland und Westfalen zusammenfasste, hat das verflossene Jahr abermals mit einem Verlust abgeschlossen. Nach einer Erhöhung der Abschreibungen wird der neue Verlust mit 911 000 Mark angegeben gegenüber 1,69 Millionen Mark im Vorjahr. Die Entwicklung bedingt eine neue Kapitalszusammenlegung. Die Schmiedag ist ohne Zweifel mit einem übersetzten Kapital ins Leben getreten, so dass sich in der erneuten Zusammenlegung nur die notwendige Korrektur vollzieht.

---



# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 10. Juni 1930.

Inquisition und Tabakskollegium. x

-----  
Kulturgeschichte des Rauchens.

SPD. Wer ist der erste europäische Raucher gewesen? Nach dem auf reiches wissenschaftliches Material gestütztem, überaus fesselnden und amüsanten Buche von Egon Cesar Conte Corti, "Die trockene Trunkenheit", (Insel-Verlag, Leipzig), einer Kulturgeschichte des Rauchens, der hier einige Angaben entnommen seien, war es ein gewisser Rodrigo de Jerez, ein Begleiter des Kolumbus, der, entgegen den anderen spanischen Entdeckern Amerikas, Gefallen an der indianischen Sitte des Rauchens fand und sie ebenfalls ausübte. Gut ist ihm der Geschmack, den er dem Schmauchen abgewann, allerdings nicht bekommen. Als die Bürger seiner Heimatstadt aus seinem Munde und seiner Nase Rauch hervordringen sahen, meinte sie, der Teufel sei in ihn gefahren, und sie wandten das Allheilmittel jener Zeit für seelische Defekte an; sie übergaben den Sünder der Inquisition, die ihn in den Kerker steckte. Die Geschichte der Menschheit ist gleichzeitig eine Geschichte der menschlichen Dummheit, und die Entwicklungsgeschichte des Rauchens ist ein besonders beredtes Beispiel dafür. Sowohl nach der guten als nach der bösen Seite hin sind dem Tabak im Laufe der Jahrhunderte die extremsten Dinge nachgesagt worden. Nach Frankreich gelangte die Tabakspflanze auf Empfehlung des Jean Nicot (Nicotin!), eines französischen Gesandten am spanischen Hofe. Aber Nicot empfahl den Tabak nicht als Rauch-, sondern ausschliesslich als Heilmittel. Unter der Suggestion der Nicot'schen Befürwortung fanden die Franzosen nun die fabelhaftesten medizinischen Qualitäten am Tabak heraus. Berühmte Aerzte waren seines Lobes voll. Alle erdenkbaren Krankheiten sollte er zu heilen imstande sein. Die Wunderpflanze war gefunden, und die Kurpfuscher und Quacksalber hatten gute Zeiten. Ein überaus fanatischer Lobredner erstand dem Tabak ferner in einem Johannes Neander aus Bremen, der in einem sensationellen, vielfach übersetzten Buche das Kraut ebenfalls in den Himmel hob und ihm die unsinnigsten Eigenschaften nachrühmte. Hier und dort in Europa wurde das Rauchen auch fälschlicherweise als Schutzmittel gegen die Pest angesehen.

Umgekehrt hat der Tabak alle erdenklichen und nicht minder ungerechten Schmähungen über sich ergehen lassen müssen. In England erwuchs ihm ein besonders einflussreicher Feind in der Person des Königs Jakob I., der sogar eine Streitschrift gegen das Rauchen verfasste. Was der König nicht will, das dürfen seine Hofdichter erst recht nicht wollen. In unserm besonderen Falle hiess der Poet Joshua Sylvester. Der nannte den Pabak ein Pulver der Hölle, ein barbarisches Teufelswerk, einen Wahnsinn, eine Tollheit, Englands einzige Schande. Immerhin beschränkte sich Jakobs I. Tabaksgegnerschaft im wesentlichen auf Schrift und Wort. In den Städten und Herrschaftsbezirken Deutschlands, in die vornehmlich der dreissigjährige Krieg das Rauchen gebracht hatte, wurde den Leuten, die sich mit "dem garstigen Schmauch und Rauch nur allerhand Verdriesslichkeit, Unlust, Beschwer und Grauen zuzögen," vielfach schon etwas härter mitgespielt, vor allem, nachdem durch unvorsichtige Raucher in einigen Gegenden Brände entstanden waren. Auch die Theologen, die im 17. Jahrhundert ja schlecht hin für alles kompetent waren, sagten ihr Spröchlein auf. "Es sei unziemlich und gottlos", dekretierte einer von ihnen, "den Mund, den Ein- und Ausgang der unsterblichen Seele, der zum Lobe des Allerhöchsten bestimmt sei, durch Einsaugen und Ausblasen des Dampfes zu entweihen." Es setzte Verbote, die von fünf

Talern Strafe bis zur Einsperrung reichten. Am brutalsten gingen Russland unter Zar Michael Feodorowitsch und die Türkei unter Sultan Murad gegen die Tabakfreunde vor. In Russland wurde eigens ein Tribunal für die Rauchfrevler errichtet. Sie wurden gefoltert, nach Sibirien verbannt; ihre Güter wurden konfisziert. "Die Nase pflüget man denen, welche Schnupf Toback genossen haben, aufzureissen, deren etliche, die also bestrafet worden, sind uns oft begegnet" schreibt der mittelalterliche Russlandhistoriker Olearius darüber. In der Türkei setzte, besonders nach dem Brande Konstantinopels, im Jahre 1633 blutigster Terror gegen die Raucher ein. Sie wurden mit dem Tode bedroht, und tausende von Hinrichtungen fanden statt.

Aber die einmal erwachte Rauchlust trotzte allen Verboten und Bestrafungen sogar dem Tode. Der Taback setzte sich durch und ergriff alle Kreise. Bekannt ist Friedrich Wilhelms I. Tabakskollegium, in dem der preussische König sogar einmal, beim Wettrauchen mit seinem Freunde, dem König Stanislaus von Polen, innerhalb von neun Stunden 32 Pfeifen rauchte. Solche Sorgen hatten die Herrscher damals. Weniger bekannt dürfte sein, dass Raucherfragen zweimal in der preussischen Geschichte Teilbestand revolutionärer Forderungen gewesen sind. Die Berliner "Schneiderrevolution" begehrte unter anderem die Zulassung des Rauchens im Tiergarten, ein Wunsch, der erst in den Sturmtagen des Jahres 1848 in Erfüllung ging. Nach einer Schilderung von Werner von Siemens, die Corti in seinem Buche wiedergibt, spielte sich die Sache folgendermassen ab: Der König, so wurde auf dem Schlossplatz der erregten Menge verkündet, habe alle Forderungen des Volkes bewilligt. "Ooch det Roochen?" wurde misstrauisch gefragt. Ja, auch das Rauchen habe er bewilligt. "Oech im Tiergarten?" Ja, auch im Tiergarten. "Na, denn können wir ja nach Hause jehen," sagten da die Leute und treollten sich.

Auch von einem politischen Raucherstreik weiss die Geschichte zu berichten. Er wurde um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in der Lombardei unter Führung eines feudalen Klubs in Szene gesetzt und richtete sich gegen die österreichische Herrschaft, der durch ein Boykott der aus Oesterreich stammenden Regiezigarre die Missachtung ausgedrückt werden sollte. Am Neujahrstage 1848 zogen Demonstranten durch die Strassen Mailands, schlugen allen Rauchern die Zigarre und die Pfeife aus dem Munde und verprügelte sie. Militär griff ein, und es kam zu blutigen Zusammenstössen.

Heutigentags verbieten die Staaten den Tabak nicht mehr, sondern sie besteuern ihn. Das ist gegenüber der früher gepflogenen Praxis humaner und vor allem einträglicher.

-----  
Okkultes Erlebnis. X  
-----

SPD. Dies Erlebnis hatte ich auf einer nächtlichen D-Zugfahrt. In meinem Abteil sassen eine junge Dame und ein Herr in mittleren Jahren. Dieser Herr war gut gekleidet, sah gepflegt aus und war nach meiner Schätzung ein Kaufmann in besseren Verhältnissen. Sein Lederkoffer wies Etiketten gutbürgerlicher Hotels auf.

Der Herr stieg abends um 9 Uhr in X, in das Abteil, plazierte sich sehr umständlich und gewissenhaftm holte ein Reisekissen, Zeitungen und ein Buch aus seinem Koffer, wickelte ein belegtes Brötchen aus und verzehrte es sorgsam und mit viel Geduld. Aus einer Frage, die er an den die Fahrkarten kontrollierenden Schaffner richtete, entnahm ich, dass er nach B., also noch elf Stunden lang, fahren wollte.

Wir lasen alle - der Herr in seinen Zeitungen, die Dame in einem kleinen Lederbande, ich in einer Broschüre. Es fiel kein Wort. Ab und zu zündete sich jemand eine Zigarette an; das waren die einzigen Geräusche ausser dem gleichmässigen Stossen und Wiegen des Wagens. Auf dem Gange sprachen die Leute nicht mehr; selten ging einer vorbei. Alle hatten sich in ihre Abteile zurückgezogen,



um - in die Ecken gedrückt, die Wangen am Mantel - einige Stunden Schlaf zu erhaschen.

Mein Gegenüber, der Herr aus X., hatte seine Zeitung beseite gelegt und starrte müde vor sich hin. Er hätte vielleicht gern geschlafen. Die Dame legte ihr Buch weg, sah mich an, der auch nicht mehr las, fragte, ob sie das Licht verdunkeln dürfte. Wir stimmten zu, zogen die dunkelblauen Schutzgardinen über die Deckenlampen und die Vorhänge zu; dann sassen wir im behaglichen Halbdunkel.

Ich konnte nicht einschlafen. Die Stunden verstrichen nur langsam. Ich sah oft auf die Uhr. Gegen 1 Uhr nachts merkte ich, dass der fremde Herr nicht nur nicht schlief, sondern munterer und aufgeweckter zu sein schien als zuvor. Er schnaufte, um nicht zu sagen: keuchte, leise vor sich hin, griff sich in den Kragen, der ihm zu eng geworden schien, knöpfte einige Westenknöpfe auf, rutschte auf seinem Platze hin und her, stellte sodann das kleine Klappfensterchen auf, damit ein leider Luftzug hereinströmen konnte, und gebärdete sich aufgeregt, aber immerhin noch ziemlich diskret, als hätte er Grund, uns Mitfahrern seine Stimmung zu verheimlichen. Ich glaubte anfangs, er fühlte sich nicht wohl und wollte ihn fragen, ob man ihm helfen könnte; da stand er auf und ging auf den Gang hinaus. Ich konnte ihn durch einen Spalt der beim Türöffnen verrutschten Gardine beobachten. Er lief mit grossen, schnellen Schritten den Gang auf und ab, viele, viele Male, rauchte dazu Zigaretten, brannte sich eine nach der anderen an, unaufhörlich. Das Gebahren passte garnicht zu seiner Erscheinung und seinem fast weltmännischen Gebaren, das er beim Einsteigen an den Tag gelegt hatte. Er sah sehr schlecht aus. Die Falten in seinem Gesicht hatten sich vertieft. Backen, Kinn und Oberlippe sahen plötzlich schwammig, aufgedunsen und fettig aus. Die Augen, die vielleicht dunkelbraun sein mochten, glühten klein und in tiefer Schwärze. Seine Nasenflügel blähten sich bei jedem Atemzuge stark auf - der Mann war leidend oder... hatte furchtbare Angst. Vielleicht war er nicht gesund, herzleidend, magenkrank - überlegte ich - und irgendein Gedanke an gestern oder morgen, etwas Geschäftlichen oder Privates mochte ihn erregt haben, sodass sein Leiden sich im Augenblick verschlimmert hatte. Aber das konnte doch nicht sein; ein so vernünftiger Mann raucht nicht in diesem Tempo mit dieser Heftigkeit Zigaretten, wenn er magen- oder herzkrank ist. Diese Art Menschen ist sorgsamer im Umgang mit allem Körperlichen ihres Selbst - das war keiner von den wilden, verwegenen Draufgängern, keine masslose Natur.

Merkwürdigerweise verflog meine Schlafsucht immer mehr. Ich fühlte ganz klar: ich war sehr wach. Und dieser Mann regte mich auf. Nicht, dass er mich nervös machte, wie ein Mensch, der immer das Gleiche sagt und damit unsere Nerven reizt; nein, ich hatte das Gefühl, als ginge in dem Manne etwas vor, was auch mich, die Dame, ja, schliesslich alle Fahrgäste des Wagens angehen könnte. Ich dachte nicht an ein Attentat, nicht an einen Wahnsinnsausbruch, überhaupt nicht an etwas Bestimmtes.

Um 1/2 2 Uhr kam er wieder ins Abteil, ohne Zigarette, liess sich schwer auf seinen Platz fallen, streckte die Beine seitwärts von sich, blickte in die Luft nach der Decke. Seine breiten, nicht eben mageren Hände waren unaufhörlich in Bewegung. Er rieb sie aneinander, und das sah aus, als wüsche er sie mit Luft. Er erschien mir ganz bleich, und, obwohl es nicht warm im Abteil war, lag über seiner Stirn eine matte Feuchtigkeit. Der Zug raste die glatte Strecke entlang. Keine Weiche, über die es wie sonst polterte und kantterte, keine Kurve, in denen sich die Wagen leise neigten; nur in den kleinen Bahnhöfen, die wir durchrasten, klang es sausend und hohl von den Wänden der Stationsgebäude und Bahnsteige. Wir rasten, rasten. Passionierte Reisende wie ich haben in solchen Augenblicken das herrliche, verzaubernde Gefühl, der Zeit vorauszuweichen alles Erbärmliche, Kleine, Niedrige, Dumme hinter sich zu lassen und plötzlich frei zu werden, frei, heiter und beschwingt. Ich glaube: in einem Weltraumschiff nach dem Monde geschossen zu werden, kann nicht anders gefühlt werden. Aber sonderbar, je mehr die Schnelligkeit unsres Expresszuges zunahm, umso mehr fiel der Mann in sichtbarer Angst und Furcht zusammen. Sein Gesicht quoll auf; es war nicht mehr das wohl an sich gerundete, aber dennoch energische und selbstbewusste Gesicht des guten Bürgers, sondern nur noch glänzende, aufge-

schwemmte, fast unangenehme Masse.

Wir rasten durch ebenes Land. Bisweilen blitzten Laternen und Lampenlicht durch die Gardinenlücken von draussen her ins Abteil. Dann schrak der Mann auf, kroch mehr und mehr in sich zusammen, wurde runder, ungeschlachtet, gewissermassen breiger und seine angstglühenden Augen irrten krank umher. Ich hatte Mitleid mit ihm, wusste jedoch nicht, wie ich ihm helfen sollte. Ich sah nach der Uhr, beugte mich vor, da wir gerade einen grösseren Bahnhof durchsausten, um vom Lichte der erhellten Bahnsteige mein Zifferblatt besser beleuchtet zu sehen. Es war 2 Uhr.

Der Herr hatte meine Bewegung gesehen. Hinter dem Bahnhofs waren anscheinend die Rangiergeleise. Wir rumpelten und polterten über einige Weichen. Da stand der Mann langsam auf, und plötzlich brach ein irrer, gellender Schrei aus ihm. Dann rief er: "Haltet doch! Haltet!", sprang nach der Tür, stürzte auf den Gang hinaus, immer weiter schreiend, tobend, gellend, ergriff die Notbremse. Er hing mit seiner ganzen Leibeskraft am Handgriff, liess dann los, brach nieder, sackte zusammen, wie ein wundes Tier. Schaum stand auf seinen Lippen. Er keuchte; irres Gestammel war zu vernehmen: "Ich habe Angst; nicht weiter; nein; so haltet doch! Hilfe! Hilfe!"

Der Zug verminderte erstaunlich schnell seine Geschwindigkeit. Dann hielt er mit einem Ruck. Das gellende Hilfesgeschrei des Herrn hatte den ganzen Wagen aus dem Schlafe gescheucht. Männer kamen herbei, müde, dumm fragend, ohne Kragen, mit verrutschten Kravatten, die Gesichter vom Schlafe gerötet. Alle wollten wissen, was los wäre. Ein Schaffner kam. Wir betteten den Mann in meinem Abteil auf eine Bank. Ich erklärte den Vorfall kurz und so gut ich es vermochte. In einem Wagen war ein junger Arzt; der versuchte, dem Kranken zu helfen.

Der Zug fuhr langsam an; es ging weiter. Der Aufenthalt war nur kurz gewesen. Wir mochten etwa fünfzig Meter, immer noch ziemlich langsam, gefahren sein, als mit einem Male der Zug hielt. Die Wagen ruckten polternd und heftig zusammen; die Leute fielen gegeneinander; es schien aber nichts Schlimmes geschehen zu sein. Wir beschäftigten uns mit dem Kranken, als der Schaffner kam und erklärte, die Lokomotive wäre an einer defekten Weiche entgleist. Wir erschrakten und tauschten Vermutungen aus, wie schlimm das hätte werden können, wenn der Zug in voller Fahrt gewesen wäre, gerade auf dieser glatten, freien Strecke! Ich sah auf den kranken Mann, der im Abteil lag. Er zuckte bisweilen in seiner Ohnmacht. Das Gesicht war wohl fahl und blass, aber alle Angst schien von ihm gewichen zu sein. Er lag ziemlich ruhig da. Der Arzt bemühte sich in einiger Verständnislosigkeit um diesen aussergewöhnlichen Fall.

Hatte die Angst dieses Mannes uns alle vor einem unermesslichen Unglück bewahrt?

Gerhard Schäke.

#### Improvisationen im Juni.

Die Sonne strahlt mit hellem, gold'nem Blitzen  
Und warm und immer wärmer aus dem Blau.  
Man lernt allmählich sommerliches Schwitzen,  
Und langsam bräunt sich Mann und Kind und Frau.

Familie Piefke fährt nach Swinemünde.  
Man tut sich furchtbar schlau mit "back" und "binnen";  
Und strahlend steckt Papa dem braven Kinde  
Ein schwarzweissrotes Fähnlein auf der Sandburg Zinnen.

Und liest sein Leibblatt - je nach Lust und Wetter  
In Alfred H.'s "Lokal-Anzeiger"-Spalten,  
Als Nachtschliesslich Goebbels' "Angriff"-Blätter -  
Und lässt ansonsten Gott und Brüning walten.

Der müht sich stöhnend mit den alten Brocken  
Und möchte endlich mal Erfolge sehen.  
Die guten Freunde allerorten locken  
Ihr altes Liedlein "Zoll um Zoll erhöhen!"

Sie singen weiter was von "Löhne kürzen" - -  
Wollt' man nach altem Brauch nun weiter reimen,  
Dann käme jetzt bestimmt das Wörtlein "Kürzen".  
Doch damit könnt' man nicht Herrn Brüning meinen.

Er wird schon noch die grossen Fragen lösen,  
Und sollt' er plötzlich doch noch pleite gehen,  
Dann sind bestimmt die Sozis schuld gewesen - - -  
Die Zeit vergeht - wir werden's schon noch sehen!  
Walter Schirmer.

-----  
Das Arbeitslosen=Quintett. x  
-----

SPD. Das Haus, in dem ich ein kleines Zimmer bewohne, ist eingemauert in den grossen Häuserblock Berlins. Oft habe ich mir ein Zimmer nach vorn heraus gewünscht, wo man sich aus dem Fenster lehnen kann und gleich den buntesten Film der Wirklichkeit abrollen sieht: das Leben der Strasse. Von der Hinterseite der Häuser hat man nur den Ausblick auf ein Dächergebirge, über dem einmal Nebel, das andere Mal Sonnenschein lagert. Es ist schon ein Ereignis, wenn einmal ein Kater über den First marschiert. Eine Verbrecherjagd über die Dächer deren Zeuge man gern mal sein möchte, gibt's schon garnicht.

Dafür jedoch bietet die Wohnung im Hinterhause mancherlei Genüsse für das Ohr. Nicht selten kommt der Orgeldreher. Man macht dann das Fenster am besten fest zu und verzieht sich in die äusserste Ecke des Zimmers. Hält man die Hände leicht auf die Ohrmuscheln, so hört man ferne Domorgelklänge. Ein bisschen guter Wille gehört natürlich auch dazu. Einmal spielte ein blasser, langer Mensch rührend schlichte Volkslieder auf der Geige. Es soll ein stellungsloser Doktor der Medizin gewesen sein, erzählte der Hauswirt. Ein andermal stand ein Sänger im Hofe, äusserlich ganz ein Hofopersänger a.D. mit Orden und Schleifen auf der Brust. Der weite, schäbige Frack bauschte sich über der einstigen Herrlichkeit des Bauches. Sein Torero-Lied "Auf in den Kampf, Torero, Stolz in der Brust, siegesbewusst!" glaubte man nicht ganz.

Heute Morgen klingt in das Klappern meiner Schreibmaschine leiser Chorgesang. Unwahrscheinlich ist, dass sich der Hauswirt zu dem Radetzky-Marsch und dem Lied "Steh' ich in finsterner Mitternacht" eine Platte mit alten Volksliedern angeschafft hat. Die andern Mitbewohner, von denen ich meist nur die zum Trocknen aufgehängten Strümpfe und Hemden kenne, halte ich für zu krank am Beutel, um ihnen den Kauf eines Grammophons zuzutrauen.

Ich öffne das Fenster und sehe unten im Hofe fünf Sänger, blaue Arbeitskittel, rote Liederbücher. Ein Quartett singt: "All' mein' Gedanken, die ich hab', die sind bei dir..." und "Sie gleicht wohl einem Rosenstock". Die blaue Blume der Romantik blüht auf einmal zwischen den öden Häuserwänden. Die kleinen Münzen, die aus den Fenstern auf das holprige Pflaster geworfen werden, sind die Schellen der armseligen Gegenwart, Jetzt tritt der erste Tenor zurück und macht einem jüngeren Sänger Platz. Hart und metallisch klingt sein Organ:

"Ich, Sohn einer Mitter, bring's nicht in den Sinn, dass ich Granatenfutter im Schützengraben bin."

Ich kenne das Lied. Es steht in der neuen Chorsammlung des Arbeiter-Sängerbundes. Sollten das Arbeitersänger sein? Ich lehne mich aus dem Fenster und rufe: "Freundschaft!" Ein fünffaches Echo kommt zurück: "Freundschaft!"

Da Nu bin ich auf dem Hof, erzähle den Leuten, dass ich selbst bis vor kurzem einen Arbeiterchor in der Provinz geleitet hätte.

"Da können Sie uns wohl," sagt einer, "den Ton angeben für das Lied "Arbeit". Der Justav trifft 'n nie richtig." Ich tue es, und voller Begeisterung singt das Quartett: "Arbeit! Arbeit! Segensquelle!"

"Sehn Sie, dieses Lied singen wir am liebsten. Arbeit! Arbeit! Wir haben nämlich keine; der da schon zwei Jahre nicht, der siebzehn Monate nicht, der... der....ich...." Das graue Los der Arbeitslosen blickt aus ihren Augen. Daheim; irgendwo in einem Hinterhause, wie diesem. wohnen ihre Familien und warten wie hungrige Raben auf die Groschen, die sich die Väter in den Höfen zusammensingen

"Damit wir nicht ganz in der Trübsal des Nichtstuns verkommen und wenigstens Brot und Margarine auf dem Tische haben, schaffen wir uns Arbeit. Wir singen. Unser Feiertag ist der Mittwoch. Da gehn wir zur Chorstunde. Wir sind alle Mitglieder der "Solidarität". "Ick schon zwanzig Jahre, unser Justav - na, wie velle sind et denn? - schon 18 Jahre," sagt ein angegrauter Mann im 1. Bass.

Nun erzählen sie von ihrem Verein, von Konzerten, von aufgeführten Werken. Hell und froh werden ihre Gesichter. Früher hiess es wohl: Gesang verschönt das Leben. Heute ist es vielfach so: Gesang hilft das Leben ertragen, macht es zu einem Teil erst lebenswert.

Zum Schluss: Händedruck und "Freundschaft!" Oben horche ich dann am offenen Fenster, wie es gedämpft aus dem Nachbarhofe klingt: "Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!....."

Hans Heinrich Strätner.

-----

SPD. Sorge für den sechsten Sohn. <sup>x</sup> Es war im alten österreichischen Reichstag. Der Minister des Innern hatte einen Gesetzentwurf eingebracht, der im Hause reichlichem Widerspruch begegnete. Ein Abgeordneter des Polenklubs erhob sich, um für den Antrag einzutreten, und wurde von einem Kollegen zurückgehalten: "Was willst du?" flüsterte der ihm zu, "Deine fünf Söhne sind doch ohnehin alle im Staatsdienst untergebracht..." - "Das ist wohl richtig, entgegenete der regierungstreue Volksvertreter, "aber meine Frau ist schwanger!"

-----

SPD. Aufhebung chinesischer Klöster vor elfhundert Jahren. <sup>x</sup> Aehnlich wie in Deutschland erst in den letzten Jahrhunderten die Klöster teilweise säkularisiert und ihre Besitztümer eingezogen wurden, verfuhr man in China bereits im Jahre 845 n.Chr. Damals erliess der Kaiser Wu-Tsung ein Edikt gegen die Buddhistischen Klöster, ihre zunehmende Pracht und ihren Reichtum. Es heisst in dem Edikt, dass es früher gerächt worden sei, wenn ein Mann sein Feld nicht bebaute und ein Weib keine Seide spann. Jetzt aber seien da eine Menge von Mönchen und Nonnen, die sich vom Schweisse Anderer mästeten und Kinder und unzählige Arbeiter anstellten, um ihrem trägen Luxus zu dienen. Es wurden damals 4600 grosse Klöster aufgehoben. Ihre Insassen, nicht weniger als 260 000 an der Zahl, sollten in das tätige Leben zurückkehren. Von weiteren 40 000 kleineren Klöstern wurde das Vermögen für den Staatsschatz eingezogen.

-----